

Neben das kausale Wären der neuen russischen Inter-
tions und ihrer Führer vom Polizeibüroverwalter schreibt ein Ein-
geweihter der „Sachl. Bl.“ folgendes empfindende Bild aus Sos-
nowka, nahe der deutschen Grenze:

„Wohl ist der Kriegszustand in unserer Gegend noch nicht auf-
gehoben, doch liegt nach wie vor ein hartes Willkürregime
gebot hier, aber wie anders ist es geworden seit einem
halben Jahre!
Als der Staat im Frühjahr bekannt gab, daß das hier station-
ierte Militär nicht mehr zur Verfügung, b. h. zur Verwendung
der Fabriken, Werke und Gruben verwendet werde, und anordnete,
daß letztere sich selbst von nun an eine Polizeitruppe
auf ihre Kosten zu bilden hätten, sah man hier mit
banger Herzen in die Zukunft. Dem Staat konnte man den Ent-
schluß nicht verdenken, bringt doch die Verwendung von Soldaten zu
Polizeizwecken ohne ständige militärische Übung, wie in den letzten
Jahren unwillkürlich eine Erschlaffung der Disziplin mit sich. Und
die von der Industrie eingerichtete Polizei bewährt sich gut. (1)
Sie besteht aus angeworbenen früheren Soldaten, die meistens aus
Tschernsch, die von der Industrie besoldet werden, aber dem Polizei-
meister jeden Ortes unterstehen.

Diese Industriepolizei bietet jetzt gute Dienste bei der seit
Monaten währenden Kassa auf die Auswiegler und Mordbuben der
letzten Jahre. Denn mit Dankbarkeit erkennt die Bevölkerung
an, daß mit dem neuen Gouverneur general Kagalow über den Be-
griffen Dombrowa-Polizist endlich ein Mann gesetzt worden ist, der
die Bevölkerung die seit Jahren so notwendige Ruhe schafft. Un-
ermüdet, bald hier, bald dort persönlich eingreifend, unverhofft selbst
vorkommend, ob seine Befehle auch befolgt werden, greift er mit eigener
Faust die Uebelthäter aus den Tausenden Gutestunten heraus und
führt sie der gerechten Strafe zu. Es scheint ihm genügt zu sein,
die Fäden der polnisch-nationales-revolutionären Partei in die Hand
zu bekommen, denn in den letzten Monaten ist an dieser Stelle
wiederholt berichtet worden, daß unvermutet in Fabriken das Militär
erschienen und Schindige und Verdächtige in sicheren Gewahrsam nahm.
Wie rasch und unvermutet dies vor sich geht, zeige folgender Vorfall
vom heutigen Tage:

Sonntag, den 4. September, Vormittag, fand
eine durchgreifende polnische Revision der Arbeiter der Maschinenfabrik
in Niwa, die der Sosnowitzer Gesellschaft gehört, statt. Die
Fabrik wurde von Militär umzingelt, in die Fabrik selbst drangen
gegen 60 Polizisten unter der Führung des Polizeimeisters des Be-
zirks ein, besetzten sämtliche Ausgänge und Durchgänge mit vor-
geladenen Revolvergewehren vorgehend. Auf Befehl des Polizei-
meisters wurden die Maschinen abgestellt und sämtliche Ar-
beiter etwa 200 in den Fabrikhof gedrängt.
Dort wurde einer nach dem andern aufgerufen, die aufsehend kom-
promittierten besonders aufgestellt und der Polizeimannschaft über-
geben. Die Auswahl währte eine volle Stunde und es wurden im
ganzen 24 Mann als verhaftet erklärt. Die Verhafteten
sind durchweg junge Leute von 18—26 Jahren, unter ihnen nur sechs
Verheiratete.

Unter starker Eskorte von Militär und Polizei wurden die
24 Leute, auf der Straße vor der Fabrik von Hunderten von Leuten
erwartet, weggeführt. Tschernschen in der Bekleidung mit Na-
gallen (Vedewitschen, in die Bekleidung eingeschlossen sind) trafen
die wehlaufenden Angehörigen der Verhafteten, die mit ihnen noch
einstimmlich wehnten, auseinander; um Platz für den Zug
zu schaffen, der die Straße nach Dombrowa einschlug. Hier ist der
Weg nach Pensa, wo die Verhafteten in das Gefängnis ge-
führt und abgeurteilt werden.

Die Beschuldigten sollen sich, wie man hört, sozialpoliti-
scher Untertun schuldig gemacht (!) haben. Es ist dies
aber nicht — wie in letzter Zeit irrtümlich berichtet — eine Folge
einer neuen revolutionären Bewegung, sondern die Verhafteten haben
das alte Schuldbüchlein der letzten Jahre ausgenutzt, daß der euro-
päische Gouverneur Kagalow ihnen eröffnet hat.

Die Revisionen werden vermutlich sehr bald auch auf andere
Werke der Gegend ausgedehnt werden zur heilsamen Reinigung der
Industrie von aufwühlenden Elementen. Schon seit einiger Zeit
haben solche, die aus vergangenen Tagen etwas auf dem Kerbholz
haben, sich nach Deutschland und Oesterreich in Sicherheit gebracht.
Wären wir sie nie wieder sehen!

Die wie Tiere zusammengetriebenen und gepeitschten Arbeiter,
von deren Arbeit sich das polizeiliche Lumpenpad ernährt, haben sich
„sozialistischer Umtriebe“ schuldig gemacht, also ungehörig so be-
lästigt, als es Vorkrediger Söldner und Wilko sich nachtrümen,
die ja nach ihrer eigenen Meinung auch sozialpolitisch „umtreiben“.
Auf die Anaben irgend welcher Denunzianten hin, denn von einer
geordneten Untersuchung ist bei den Polizeigauen, die das eigene
Land fortgesetzt bestehlen, natürlich nicht zu reden, wurden sie auf
Jahre ins Gefängnis gesteckt und zugrunde gerichtet. Wenn dann
aber wieder einmal ein paar Mutmenschen in die Luft fliegen,
jammern die Bestenwörter obiger Brutalität wie alte Weiber.

Sozialistenheute in Finnland. Wie die Petersburger
Zeitungen mitteilen, ist in den dortigen administrativen Stellen die
Nachricht aus Helsinki eingetroffen, daß die finnlandischen Behörden
alle Maßregeln zur Entfernung sozialistischer Verbindungen
ergriffen haben, die die Sicherheit Russlands bedrohen
könnten. Die administrativen Organe hätten bereits entsprechende
Instruktionen erhalten, und zugleich sei eine schärfere Kontrolle der
über Hang abreisenden und aus dem Auslande einreisenden Per-
sonen eingeführt worden.

Die Umwälzungen in der Türkei. Die Wahlen für
den Gemeinderat der Konstantinopeler Vorstadt Pera fanden am
Sonntag statt. Gewählt wurden sieben Griechen, drei Musel-
mannen und zwei Armenier. Eine Anzahl Türken stimmten für die
Griechen.
Wie die Blätter melden, sind die früheren Minister und höheren
Beamten nach der Insel Prinsipo überführt worden, mit Ausnahme
des früheren Marineministers, der im Kriegsamt als Gefangener
zurückbehalten wird.
200 Beamte des Unterrichtsministeriums demonstrierten vor der
Hohen Pforte, weil der Unterrichtsminister von 450 Beamten
entlassen hatte. Der Großwesir versprach die Angelegenheit zu unter-
suchen. Diese Antwort betriebte aber keineswegs und die Demon-
strationen werden daher fortgesetzt. Das gesamte Schulpersonal will
in den Streik treten.
Bei der anatolischen Bahn herrscht augenblicklich Ruhe. Bei
der orientalischen Bahn sind im Bereich von Konstantinopel einzelne
Streikbestrebungen bemerkbar, doch läßt sich noch nicht entscheiden,
ob diese zum Generalstreik auf der Linie nach Adrianopel führen
werden, da es an Streikfonds mangelt.

Die französischen Antimilitaristen an der Arbeit. An-
lässlich der bevorstehenden Einstellung der Rekruten wird das anti-
militärische Blatt „Voix de Peuple“ eine Spezialnummer veröffent-
lichen, worin die Rekruten aufgefordert werden, keinen Gebrauch ihrer
Waffen gegen ihre Landleute im Falle von Ausländern zu machen.

Kleine Auslandsnachrichten.
Innere Parteimitteilungen. In Serbien eine neue
Ministerie herbeizuführen. Bevor noch das fertige Koalitions-
kabinett ernannt an die Arbeit schreiten kann, droht ihm der Zer-
samenwurz. Die Ultrafakalen wollen ihren eigenen Parteimann,
das hervorragende Mitglied der neuen Regierung, den Minister des
äußeren Milovanowitsch stürzen. Sie stellen gegen ihn in Nikš
einen Gegenkandidaten auf.

Zustimmung die Wohnung, die er nach dem Kontrakt
bis zum Oktober zu bewohnen hatte, nicht sofort räumte, er-
hebt er vom Amtsversteher folgenden bezeichnenden
Ufak:

„Pomunden, den 1. September 1908.
Paul Mitteilung Ihres gemeinsamen Bröhrern — des Oult-
bestiger Herr Erbzig- Uffgehren — Sind Sie feiner Kundigung,
am Donnerstag, den 27. August, die Wohnung zu räumen, nicht
nachgekommen. Ich fordere Sie nun hiermit auf, die Wohnung
bis zum Freitag, den 4. d. M., zu räumen, widrigenfalls
Sie mit 10 Mark oder entsprechender Post in
Strafe genommen und auf Ihre Kosten durch
den Gerichtsvollzieher aus der Wohnung ge-
setzt werden müssen.“

Der Amtsvorsteher.
ges. Kadalehn.
So sieht oberbischsches Recht aus. Und da wundert man
sich über die Landarbeiterflucht!

Fürst Bülow und die Heimarbeit. Die
Herausgeberin der Zeitschrift „Heimarbeit“ hat die letzte
Nummer ihres Organs dem Fürsten Bülow überandt und
dafür einen Brief erhalten, aus dem reaktionäre Blätter
dieser Sätze abdrucken:

„Im übrigen seien Sie versichert, daß ich nach wie vor
den Bedürfnissen der Heimarbeit meine warme Anteilnahme und
volle Aufmerksamkeit zuwenden und fortgesetzt bereit bin, zur Abstellung
der Schäden, die sich in Deutschland infolge der Heimarbeit zeigen,
alle angänglichen Maßnahmen den gesetzgebenden Faktoren des
Reiches vorzuschlagen. Es wird jedoch geboten sein, auf diesem Ge-
biete der Sozialpolitik vorsichtig vorzugehen, schon um
nicht die Heimarbeit selbst, auch da, wo sie volkswirtschaftlich ge-
rechtigt erscheint, zum Schaden der in ihr Beschäftigten abzu-
zuliegen.“

Diesem Brief hätte ebenso gut einer der Großkapitalisten
schreiben können, der seinen Gewinn aus der Heimarbeit
sieht. Mit denselben Argumenten hat sich die Handelskammer
in Plauen nämlich gegen den Heimarbeiterichug gewendet.

Militärvereinshoffott. Ein Major d. R. a. D. Nicolai
hat den Kampf gegen die sozialdemokratischen Kadfahrer ver-
eint aufgegeben. In einem Schreiben an einen Wit hat
er mit dem Aufzug aus dem Lokal gedroht, wenn der Wit nicht
ermag, daß der Kadfahrerverein „Frischkau“ in Fünfte aus dem
Kadfabrikum „Solitarii“ ausbeide. Interessant an dem
Schreiben ist, daß hier Major d. R. a. D. versichert, er müsse dem
Königlichen Landrat über die staatsreiterische Tätigkeit seines Militär-
vereins Bericht erstatten.

Opfer der Oberer Kaiserrede? Wegen Schuld an
der Verbreitung der belandten „Oberer Kaiserrede“ Kaiser
Wilhelm II. sollen zwei Offiziere des Gardekorps, der
„Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge, den Abschied erhalten
haben.

Gegen die Lichtkeurn. Der Gemeinderat nahm, trotzdem
der Oberbürgermeister Nuhn sich dagegen wandte, mit großer Mehr-
heit den sozialdemokratischen Protestantag gegen eine Reichsteuer
auf Gas an.

Der Streik um Memel. Konföderative und Nationalliberale
liegen sich bekanntlich um das Memeler Mandat in den Haren.
Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte mitgeteilt, daß der G. H. umrat
Schwabach noch garnicht aufgestellt sei. Darauf antwortet jetzt die
„Kölnische Zeitung“:

„Die Wahrheit ist, daß die offizielle Proklamierung der Kan-
didatur nur noch die Bedeutung einer reinen Form hat. Wer die
Verhältnisse in diesem Wahlkreise auch nur einigermaßen kennt,
weiß ohnehin, daß Geheimrat Schwabach der einzige Bewerber ist,
der für die vereinten Liberalen, die Litauer und die gemäßigten
Konföderativen in Betracht kommt. Am allerwenigsten aber hat
die „Deutsche Tageszeitung“ Grund, in der Beziehung die Rolle
des reichen Betrügers zu spielen. Sondern die hinter ihr stehen-
den Kreise überhaupt noch über keinen Kandidaten verfügen.“

Das für die Nationalliberalen bloß Herr Schwabach in Frage
kommen kann, stimmt ganz arisch, denn er hat eben das meiste
Geld. Bei einer Wahl in Memel, wie in den meisten ostpreussischen
Kreisen, wird in der Regel der Kandidat gewählt, der das meiste
Geld und den meisten Schnaps besitzt. Das können aber in
Memel nur die Wahlmacher des Herrn Schwabach.

Die Krise. Nach den jüngsten Veröffentlichungen des Stä-
tischen Amtes der Stadt Köln hat dort die Arbeitslosigkeit einen
sehr erschreckenden Umfang, als es sich aus dem vor-
liegenden Ergebnis der am 2. August vorgenommenen amtlichen Arbeitslosen-
zählung erkennen läßt, angenommen. Das Städtische Amt stellt
fest, daß die Zahl der am 1. August d. J. im Gemeindebezirk Köln
Beschäftigten um 5220 niedriger ist als am selben Tage des Vor-
jahres. Das Verhältnis der arbeitsfähigen Mitglieder der Kranken-
kassen zur Bevölkerungszahl blieb mit nur 235 pro 1000 w i hinter
der Zahl des Vorjahres: 253, zurück.

Der Bericht des Städtischen Amtes der Stadt Aachen sa-
t: „In den Nachweisungen über die allgemeine Arbeitsnachweisankalt,
sowie über die Mitgliederbewegung bei den Krankenkassen spiegeln sich
die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse deutlich wider. Bei der
Arbeitsnachweisankalt war die Zahl der Arbeitsuchenden nicht un-
wesentlich größer, die der offenen und besetzten Stellen dagegen ge-
ringter als sonst.“

Im Wahlkreis Helmstedt-Wolfenbüttel findet am 11. Sep-
tember eine Reichstagswahl statt. Dort wurde im vorigen
Jahre der vorkandidierte nationalliberale H. v. Kaufmann mit
14.122 gegen 1918 sozialdemokratische, 4575 weilsche und 472 Gen-
temmstimmungen gewählt. Für die Erstwahl sind aufgestellt: ein
weilscher, ein nationalagrarischer Kandidat und Genosse Maurer
Riese.

Der Bloß rückt ab von Schücking. Der Oberbürger-
meister von Jagen, der treulich-volkparteiliche Reichstagsabge-
ordnete G. und beifügt sich im Berufsleben Verwaltungsbüro
mit der Schriftstellerei des Herrn Schücking. Er nimmt ihn zwar
im allgemeinen in Schutz, hebt aber doch hervor, daß Herr Schücking
am der Tendenz will alles grau in grau gemalt habe, und
daß er ebenfalls wegen der Tendenz seiner Schriften der Tüchtig-
keit und Sachkunde der großen Mehrzahl unserer Regierungsbeamten
nicht gerecht geworden sei.

So fallen dem energischen Bekämpfer der reaktionären Bureau-
kratien die treulichen Wodparlamentarier in den Rücken! Denn
das Schücking zu schwärzen genalt hätte — welcher Kenner der Um-
gebung von Breslau wollte das behaupten?

Wie für die kranken Volkswamen gesorgt wird.
In der Reichshauptstadt herrschen die kranken Menschen
beim Leben. Ein tüchtiger Arzt in dem hochachtbaren Dorfe
Beben; er ist schwer krank. Erar bezieht er von
der Postbehörde ein Antragsform, sie recht aber gerade nur zum
Aberkennen und läßt ihr Aufstellung von Heilmitteln nicht
das Geringste übrig. Da der Kranke auch sonst nicht in der Lage
ist, sich irgend etwas zu verdienen, werden edel denkende Menschen ge-
beten, ein Schenklein zur Vinderung der Not des Ar-
men anzubringen. Das zufällige Pfarreramt hat die Wahrheit der Angaben des
Notleidenden bestätigt.

Es ist ein Skandal, daß das Deutsche Reich, das tausende
Millionen den Markt für eine Weltpolitik großen Stils übrig hat,
nicht einmal für die kranken Beamten sorgt, sondern sie der Not
und dem Elend überläßt, so daß sie „edel denkende Menschen“ um
ein Schenklein anflehen müssen.

Wohl in der Zwangsloge, für einen dieser Kandidaten ober
überhaupt nicht stimmen zu müssen. Sondern wenn wir für
einen Reichstagskandidaten eintreten wollen, so können wir
für G. u. g. D. D. S. oder dessen Mitkandidaten stimmen,
und wir werden schließlich keinen Verlust erleiden. Seit mehr als
zehn Jahren haben wir Eugenie D. Debs Neben gelesen, und
immer und immer wieder den männlichen Standpunkt
bekundend, den dieser unserer Klasse gegenüber einnimmt. Immer
und immer wieder haben wir uns mit freudigem Entzücken ge-
sagt, daß hier eine Partei, die hier eine Bewegung unter un-
seren Augen aufwächst, die sich unserem Volke gegenüber freund-
lich stellt, die keine Vorurteile kennt, und Gleichheit und Ge-
rechtigkeit für alle predigt und übt. Er und seine Partei nimmt
nicht nur den rechten Standpunkt in der sogenannten Klassen-
frage ein, sondern diese Leute, die sich Sozialisten
nennen, haben auch den Mut ihrer Ueberzeugung. Das ist's,
was wir an ihm und an der Socialist Party bewundern müssen,
selbst wenn wir uns noch nicht auf ihren Standpunkt in wirt-
schaftlichen Fragen stellen können. Das ist der Standpunkt, die
Prinzipien, für die wir stimmen müssen, selbst wenn wir uns
ihrer Gesellschaftstheorie noch nicht anschließen
können. Negativ der Vereinigten Staaten, Ihr von den Repu-
blikanern und Demokraten vor den Wahlen Geschicklichen, Ihr
nach den Wahlen Beschäftigten und Beschäftigten, besinnt Euch am
3. November auf die Socialist Party.“

Politische Uebersicht.

Wen der Sachsenkönig begnadigt! Kaum ist
die Diskussion darüber abgeebbt, daß Grete Beier ohne einer
Königlichen Begnadigung teilhaftig zu werden, unter dem
Eisen der Gullotine verbluten mußte, da geht durch die
Presse eine neue Mitteilung aus Sachsen, die wahrscheinlich
zu einer gleich abfälligen Kritik über die Ausübung des Kron-
rechts der Begnadigung in Sachsen führen wird.
Dem „B. L.“ wird gemeldet:

Ein auffälliger Gnadenakt des Königs von
Sachsen wird aus Dresden gemeldet: Von dem dortigen Kriegs-
gericht der 32. Division war im Mai d. J. der Unteroffizier Ver-
thold von der 1. Kompagnie des Schützenregiments wegen Miß-
handlung eines Untergebenen, durch die der Tod herbei-
geführt wurde, unter Annahme mildernder Umstände zu einem
Jahre und einer Woche Gefängnis verurteilt worden.
Oben dieses Urteil legte der Gerichtsherr Verurteilung ein, weil der
Angeklagte nicht auch begnadigt worden war. Infolgedessen
erklärte das Oberkriegsgericht neben der erwähnten Freiheitsstrafe
noch auf Degradation; die Revision beim Reichsmilitärgericht hatte
keinen Erfolg. Jetzt hat der König von Sachsen auf ein Gnaden-
gesuch hin die Gefängnisstrafe auf sechs Monate herabgesetzt
und auch die Degradation aufgehoben, so daß Verthold auch
jetzt dem Unteroffiziersstande anhängert.

Der König, der Grete Beier nicht am Leben lassen
wollte, hat also dafür gesorgt, daß Verthold, der einen
wehlosen Untergebenen in den Tod trieb, noch weiter Vor-
gesetzter deutscher Soldaten bleiben kann.

Auch das neue Gesetz über die „Beleidigungen der
Majestät“ läßt uns nicht Spielraum genug, um diesen
Gnadenakt in der Weise zu kritisieren, als es unserer Ge-
sinnung und unserem Gefühl entspricht. Wir überlassen es
deshalb unseren Lesern selbst, sich im stillen Kammerlein den
rechten Vers dafür zu machen. Er wird zweifellos herber
ausfallen, als es unser Papier und unser Staatsanwalt
vertrüge.

Der Weltruf unseres Preußenlandes. Aus
der Hauptstadt der jungtürkischen Revolution aus Konstan-
tinopel berichtet der Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ fol-
gende Antwort, die er von einem Türken auf die Frage er-
hielt, ob seine Nation die Deutschen hasse:

Wir sind nicht deutschfeindlich. Wir sind auch nicht deut-
schkindlich. Jede Macht ist uns gleich lieb. Aber wir wissen,
daß man es in Deutschland am wenigsten aus-
scheiden kann, was unsere Freiheit bedeutet. Da ja
Deutschland selbst keine Freiheit besitzt, ja sogar nur eine
dunkle Polizei und bevorrechtete Klassen in Fesseln gehaltene
Verfassung.

Der Konstantinopeler Berichterstatter des „B. L.“ be-
merkt selbst dazu:

In allgemeinen ist für das weitere Ausland Deutschland gleich
Preußen. Wo man auch hinkommen mag, nach Soudon, nach
Hoholoma, nach den Vereinigten Staaten, immer wird auf die
preussische Polizeiwirtschaft und bürgerliche Entschlung
hingewiesen. Und jetzt sagt man auch in der Türkei das-
selbe Lieb.

Sagte nicht einmal ein deutscher Reichskan-
sler: „Deutschland in der Welt voran!“ Und ein deutscher
Kaiser sogar: „Deutschum ist Freiheit!“ Das Urteil der
Welt scheint ein wenig anders zu lauten.

Gegen das deutsche Säbelgeräusch protestiert sogar die
„Kowoje Wremja“. Wie sich das „Berliner Tageblatt“
aus Petersburg melden läßt, schreibt das genannte russische
Blatt:

„Der deutsche Kaiser hat nie eine Rede gehalten, in
welder er die Arme und Flotte Deutschlands nicht erwähnt
hätte. Die avancierte Faust in den Ketten Kaiser
Wilhelms II. ist ebenso unvermeidlich, wie Cols und Pfeiler beim
Mittagsmah. Dieses siele Erinnern an Deutschlands Feindlichkeit,
idem Kampf anzunehmen, mit einem bestimmenden Grund hervor.
Die Unwissenheit Deutschlands wird von keinem bebroht. Ausland
steht Deutschland in beständiger Fremdenhaß gegenüber, Ausland er-
scheint gewissermaßen als Mitschöpfer der deutschen Einseitigkeit und
Macht. Woher läßt sich also dieses beständige Säbel-
geräusch erklären? Weber Frankreich, noch Ausland, noch
Oesterreich geben Deutschland dazu die geringste Veranlassung.
Trotzdem führt der Säbel weiter.“

Und doch sind die Russen nach der Befreiung der
Türkei unsere einzigen echten, innerlich überzeugten Freunde!

Wie man Landarbeiter zufrieden macht. Was
man auf die Klagen über die „Leutenot“ geben kann,
lehrt folgender Vorfall. Ein Gutsbesitzer, der kontraktlich ver-
pflichtet war, bis zum 1. Oktober seinen Jastmann zu be-
halten, wurde plötzlich wegen eines geringfügigen Vorfalls
kontraktbrüchig und kündigte dem Arbeiter nicht
nur den Dienst, sondern auch die Wohnung. Als der

10. außerordentlicher Verbandstag der Maurer Deutschlands.

8. Hannover, 4. September 1908.

Die Debatte nimmt ihren Fortgang. Wagner-München glaubt ein besonderes Recht zu haben, weil München durch den Schiedsspruch um die Verkürzung der Arbeitszeit gekommen ist. Es ist sogar passiert, daß in einem Vorort Münchens die Arbeitszeit von 9 1/2 wieder auf 10 Stunden erhöht wurde. Die weitere Folge war die Einführung eines Arbeitsnachweises, von dem nur junge, vollwertige Arbeitskräfte vermittelbar sind. Labor-Erfeld glaubt Grund zur Unzufriedenheit darin suchen zu müssen, daß die Kollegen der einzelnen Orte bei der heutigen Bewegung enttäuscht waren, daß die einzelnen Orte nicht, wie früher, zur Geltung kamen. In dem Vorstandsbericht steht Redner kritischen für spätere Verhandlungen auf zentraler Ebene, wodurch ein solcher Enttäuschungssturm, wie sich dieses Mal erhob, unmöglich gemacht wird.

Sirbes-Eberfeld: In Eberfeld-Barmen hat die Anerkennung des Schiedsspruches keine Schwierigkeiten bereitet, die Kollegen waren einseitig genug, die Notwendigkeit für das Vorgehen des Vorstandes anzuerkennen. Der Vorstand hat in geschickter Weise das Verhandlungsspiel um die drohenden Klippen herumgeführt. Wolzka-Breslau schildert die Unzufriedenheit der Breslauer Kollegen, die ihren Grund darin hat, daß der Lohn dort nur 55 Pfennig beträgt, während in Mitten und Lebensverhältnisse in Breslau ebenso teuer sind wie in anderen Großstädten. Thüms-Berlin vertritt eine Mindermeinung der Berliner Verhältnisse zu geben, wobei Redner zugibt, daß die Schilderungen, die Böhmberg gab, zum großen Teil stimmen; aber man dürfe die Kollegen nicht in einen Topf werfen.

Borgmann-Bremen bringt in längeren Ausführungen die Unzufriedenheit der dortigen Kollegen zum Ausdruck, die so tiefe Wurzel hat, daß die Delegierten sogar mit einem gebundenen Mandat ausgerüstet werden sollten. Nach vieler Rede ist der Schiedsspruch endlich von den Maurern anerkannt worden. Die Vorkämpfer haben denselben abgelehnt, weil deren Veranlassung von Elementen beherrscht wird, denen die nötige Einsicht in solchen Fragen fehlt.

Auf Vorschlag des Bureaus wird die Sitzung bis 9 Uhr ausgedehnt, damit die Delegierten in ausgiebiger Weise sich zu diesem Punkt äußern können.

Silberstein begründet und rechtfertigt die Handlung des Vorstandes. Redner glaubt, daß die diesjährige Verhandlung und deren Beschlüsse noch einmal von historischer Bedeutung für den Maurerverband sein werden. Der Vorstand hat in der wirtschaftlichen Krise nicht nur den Verstand bewahrt, sondern noch mehr errungen, und vor allen Dingen einen Damm gegen die Wünsche der Unterwähler auf Verhinderung der Arbeitsbedingungen gebaut, der Verbandstag kann diese Handlung des Vorstandes nur freudig begrüßen. Fischer-Mannheim berichtet über die Stimmung, die im dortigen Gau über den Schiedsspruch herrscht, die dahin geht, daß in Zukunft die Mitglieder selbst entscheiden sollen in solchen Fällen. Es sind vom dortigen unparteiischen Schiedsgericht Verbrechen auf Lohnverhinderung gemacht und schon heute sind Arbeitgeber vorhanden, die den festgesetzten Lohn von 65 Pfennig zahlen.

Die Ausführungen der Redner wiederholen sich und werden gleichzeitig zu Situationsberichten benutzt.

Partei-Angelegenheiten.

Der englische Arbeiterbesuch in Berlin.

Eine teilweise Aufklärung über die Stellungnahme August Bebel's zu dem geplanten Friedensbesuch englischer Arbeiterführer bringt die folgende Erklärung, die Gerolle Bebel dem „Vorwärts“ zur Veröffentlichung sendet:

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat anlässlich der Veröffentlichung meines Briefes an den Redakteur des „Labour Leader“, (Genosse Bruce Glaser, bemerkt, daß ich wahrscheinlich diesen Brief geschrieben, ehe mir etwas von den Verhandlungen der Vertreter der englischen Arbeiterpartei — ich unterzeichne abtätig dieses Wort — mit dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Aktionsausschuss bekannt geworden sei.

Ich bemerke darauf, daß ich von jenen Verhandlungen nicht die geringste Kenntnis hatte, als ich meinen Brief schrieb, und erst am 23. August aus dem „Vorwärts“ erfuhr, daß Abmachungen der besagten Art getroffen seien.

Der Kunstgeschmack Wilhelm II.

In der Berliner Hofoper wurde vor einigen Tagen „auf allerhöchsten Befehl“ ein affrikanisches Ballet „Sardanapal“ nach den Anstößen Wilhelm's II. und des Vize-Königs von Preußen Prof. Delius aufgeführt. Darüber findet man in der patriotischen Presse allerlei kritische Bemerkungen, die auf neue Weise, wie wenig des Kaisers Kunstsinns der der Mehrheit der künftlichen Deutschen II. Sogar das Kaiserblättchen „Tägl. Rundschau“ muß zugeben:

„In die „Sardanapal“-Rezensionen klingt vielfach ein positiver Ton hinein über ein verfehltes Streben, über einen „großen Aufwand“, scheinlich veran. Fast der einzige Lobredner, meint das Blatt, sei der „Berl. Hof-Anz.“, das berühmte Klatsch- und Verdummungsblatt, gewesen... Dagegen heißt es in der Rezension d. V. J. am Mittwoch“:

„Am Vorabend des des Sedantages hat die neupreußische Kunst auf den Trümmern Minnes ein Feind erlebt, wie zu erwarten war. Das Bestreben, die Kunst ihrer eigenen Aufgabe, die sich an die Phantasie und das Gemütsleben wendet, zu entziehen und sie zur dienenden Magd der Weltgeschichte zu degradieren, ist bei uns nicht neu; neu ist nur, daß auch die Kunst der Pantomime zu diesem Dienst herangezogen wird. Die nach Berlin zur Sardanapal-Vorstellung entbotenen Gelehrten der Ästhetik haben sich über den Wert der Bühnenaufführung gütlich vernehmen lassen. Sie sind einig darin, daß die Ästhetik dem Urheber der Sardanapal-Pantomime tief verpflichtet sei, einzig sind sie aber auch darin, daß in der Aufführung noch immer einige künstlerische Reste sich vorfinden, die man leider nicht hätte ausmerzen können. Professor Dieulafoy aus Paris rühmt dem Stück nach, daß es bis auf die durchgedrückten Knie und zur Erde gerichteten Fußspitzen der affrikanischen Soldaten historische Treue wahre, so daß nichts für die Phantasie übrig geblieben sei. Nur das Ballet ist dem Gelehrten in dieser Balletaufführung etwas störend gewesen, „aber das mußte sein, dagegen gab es keine Gifte“. In diesem „Gutachten“ des Gelehrten, der sich darüber anerkennend ausdrückt, daß „nichts für die Phantasie übrig geblieben sei“, liegt die denkbar schärfste Verurteilung der ganzen Veranstaltung, die doch eine künstlerische sein sollte und nichts weiter war als bailliertes, gewissermaßen ein Gegenstück zu der marmorernen Brandenburger-Preußischen Geschichte, die in der Stegallee registriert ist. Die Kunst dient nicht mehr der Entfaltung der Formen in Schönheit und Harmonie, sie ist nicht mehr der große Bebel der Phan-

tasie, die über die stumpfen Widerstände der Augenblödsinnlichkeit hinweg zu den Offenbarungen höherer Wahrheiten führt, sondern sie ist einfach Mittel des groben Anschauungsunterrichts für Leute, die in ihrem Geiste die Gesichte der Vergangenheit nicht zu gestalten vermögen. So sah Otto der Große aus, so stellte Albrecht Achilles sein Bein, so sah Joachim an den Schwerkrampf. Wenn das stimmt, dann hat die Bühnenkunst ihre Aufgabe erfüllt, und wenn es dem Professor Delius so geht, ist das Gadebrett „Minnor“, auf dem Affrikaner's Landstreudigkeit ihre Organe feierte, mit historischer Akribie auf die Bühne des königlichen Opernhauses zu bringen, so haben das königliche Opernhaus und die ästhetische Wissenschaft nicht umsonst gelebt. Denn der Kaiser hat mehrfach gewissen Rücksichten der modernen Kunst in scharfen Gegensatz zu den Werken des Klassizismus gestellt. Die Stellung, die die Kunst in Dienste eines strengen historischen Verismus unter Ausschließung aller Phantasie einnimmt, übertrifft aber alle Grundzüge selbst der strengsten Realität, die bei den Modernen obwaltet. Historische Treue ist bei der künstlerischen Wiedergabe geschichtlicher Vorkämpfe gewiss von hohem Werte; das haben die Weininger als Reformatoren der deutschen Bühne bewiesen. Ihnen aber diene die historische Treue dazu, der Phantasie den Flug in die Zeiten der Geschichte zu erschließen, nicht aber dazu, die Phantasie auszuschalten.“

Die „Berliner Wärfen-Zeitung“ schreibt: „Außerdem ist die ganze Ketterer nicht gerade besonders geistvoll. Seit wann ist denn ein Kriegsheld für die Bühne interessanter als ein grandioser Wollüstling? Für das „Mittwochblatt“ mag ja ein großer General oder Feldmarschall das Schönste sein, was man sehen kann, aber uns Theaterfreunden steht der alte Wüstling Sardanapal viel näher. Denn von den Schlachtenentfernungen gehen wir auf ein Lügen, aber ein affrikanischer König, der sich mit dreitausend Harem-damen verdrängen läßt, das ist einmal etwas anderes.“

Die „Berliner Wärfen-Zeitung“ schreibt: „Bei der Neubearbeitung des alten Taglioni'schen Stückes war man bestrebt, die früheren historischen Ungenauigkeiten des Inhalts auf Grund streng wissenschaftlicher Forschungen auszumergen und dafür absolute Treue nicht nur der Stoffe und Dekorationen, sondern auch der Bewegungen, Veranlassungen und jenen Gruppenbilder zu setzen. Für die Wissenschaft mögen derartige Experimente nicht uninteressant sein — für unsere moderne Bühne besitzen sie wenig oder gar keinen Wert. Völligfalls gemessen wir das zeitweise angelegte Schauspiel einer gut gelungenen Travestie-Ausstellung. Das Vergnügen daran vermag aber kaum den ermüdend langweiligen Totaleindruck günstiger zu gestalten.“

Ich füge weiter hinzu, daß mein Brief vom 20. August an den Genossen Bruce Glaser ein Privatbrief war, meine Antwort auf dessen Privatbrief, und ich eine Veröffentlichung nicht wünschte, was deutlich daraus hervorgeht, daß ich es ablehnte, in dem Streit Gynmann-Ret Garbe eine Erklärung im „Labour Leader“ abzugeben.

Ich kann daher die Veröffentlichung meines Briefes nur lebhaft bedauern und lehne jede Verantwortung ab für die Konsequenzen, die diese Veröffentlichung für das Verhältnis der englischen Genossen zu einander haben kann. Bemerkten will ich noch, daß mein Brief fehlerhaft überliefert ist. Das erklärt sich dadurch, daß mein Brief erst ins Englische und dann aus dem Englischen wieder ins Deutsche rücküberliefert wurde. Weiter bestreite ich keine Absicht von demselben.

Demnach hat Bebel nicht die Absicht gehabt, eine schon gestroffene Abmachung rückgängig zu machen, wenn er auch darauf hinweist, daß die „Sozialdemokratische Föderation“, also die kleinere Gruppe der englischen Sozialisten, nicht an dem geplanten Bunde beteiligt ist. Das bestätigt auch ein Londoner Bericht des „Vorwärts“, in dem es heißt:

„Die englischen Gewerkschaftsführer treffen Anstalten, den deutschen Gewerkschaften eine Friedensbotschaft zu überbringen. An der Deputation beteiligen sich sowohl Mitglieder der Arbeiterpartei (Ap.) wie Mitglieder der liberalen Partei (L.), dagegen sind bekannte Sozialisten unter ihnen nicht zu finden.“

Das parlamentarische Komitee des Trades-Union-Kongresses vertreten: S. G. A. G. (Ap.), G. L. (Ap.), Steadman (L.); die Londoner Buchbinder vertritt B. W. G. (Ap.); die Bergleute von Durham: John Wilson (L.); die Erbauer John Ward (L.); die Metzger und Metzger: S. A. G. (L.); die Schuhmacher: E. F. G. (L.); die Zigarrenarbeiter: B. G. (L.); die Landarbeiter: H. G. (L.); die Lithographen: K. L. (L.); den allgemeinen Verband der Gewerkschaften: A. P. (L.); die Genossenschaftler: A. L. (L.); die Internationalen Schiedsgerichtsbildung: K. A. B. (L.). Letzterer dürfte auch die treibende Kraft der ganzen Deputation sein; er übernahm das Sekretariat der Liga nach dem Tode Cremer's.

Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Delegierte von gleicher Bedeutung sind. Schadleton (lies: Schellin), John Wilson (lies: Wilson) sind in ihren Gewerkschaften von großem Einfluß und werden im Parlament stets mit Achtung angehört. B. W. G. (lies: Bauer) ist auch Parlamentarier, aber spricht äußerst selten. Steadman (lies: Steadman) ist Sekretär des parlamentarischen Komitees des Trades-Union-Kongresses und Mitglied der Fabian Society. Appleton (lies: Eppel) ist Sekretär des Allgemeinen Verbandes der Gewerkschaften.

Es kann wohl erwartet werden, daß die geplante Demonstration nunmehr trotz aller bisherigen Ueberraschungen in der geplanten würdigen Art von statten geht.

Ungehörige Delegationen. Zu den in öffentlicher Kritik angeführten künstlichen Parteitag-Mandaten in der Umgegend von Berlin macht unser Brandenburger Parteiblatt folgende schlagende Mitteilungen:

„Der Rassenbericht der Wahlkreise an die Provinzialkonferenz hatte am 30. Juni 1908 die Parteioffiziale des Kreises D. im Prinzip einen Rassenbestand von drei Marx. Zum Parteitag gewählt wurden in diesem Kreise drei Delegierte; kommt also herein, wenn es mit rechten Dingen zugeht, eine Marx! Daß die Genossen damit nicht bis Nürnberg kommen, leuchtet wohl ein. Es ist aber auch auf Parteitagssammlungen aus dem Kreise nicht eingeladen.“

Ein anderes Beispiel: Der Kreiswahlverein Oberharnim hat einen Rassenbestand von 196,08 M. Auch er entsendet drei Delegierte, wozu die eigenen Mittel des Kreises zweifellos ebenfalls nicht ausreichen. — Landberg-Goldin hat 74,15 M. Rassenbestand, wählte aber drei Delegierte. So geht es durch alle schwachorganisierten Kreise der Provinz Brandenburg fort. Nur die selbstständigen von Berlin unabhängigen Kreise haben sich mit einem Vertreter begnügt.“

Wir glauben, es herrscht Einstimmigkeit in der Partei darüber, daß solche Schiebungen mit fremden Geldern unstatthaft sind. Bemerken, daß das gegenwärtige Vertretungssystem die großen Berliner Wahlkreise benachteiligt, so müßten sie mit ihrer Korrektur warten, bis das Organisationskomitee in leaaler Weise gegründet ist, gerade so wie die süddeutschen Abgeordneten besser warten hätten, erst eine Veränderung des Räder Verhältnisses zu befrachten, ehe sie gegen seinen Geist des Budget bewilligten.

Stimmgleichheit. In einer zweiten Besammlung des sozialdemokratischen Vereins wurde die Debatte über die Frage der Budgetbewilligung beendet. Die Landtagsabgeordneten Frank, Schindl und Kramer sowie der hiesige Landesvorstand hatten die Haltung der Fraktion verteidigt. Es wurde schließlich in gleicher Abstimmung eine Resolution, welche der Fraktionsmehrheit Vertrauen ausdrückt und die Budgetbewilligung billigt, mit 108 gegen 107 Stimmen angenommen. Etwa 14 direkt beteiligte Abgeordnete und Vorstandmitglieder haben weiße Bettel ab. Eine Majorität von 1 Stimme sagt natürlich nicht viel.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. September.

Geschichtsfestender.

8. September.

- 1767 Der Sprachforscher und Dichter Wilhelm v. Schlegel * (Schafeprecherberseger.)
- 1834 Der Dichter Eduard Mörike *
- 1894 Der Naturforscher Hermann v. Helmholtz *

Platz für das Militär!

Das Geklingste, was der Deutsche neben seiner „Liebe zum angekommenen Herrscherhause“ (und künftig zum neuen Sultan Mulay Sadiid von Marokko) hat, ist das Militär. Es bildet den obersten Begriff aller materiellen Dinge, und alles hat sich ihm unterzuordnen. Sogar die Natur wird seinethalben korrigiert.

Man war es bisher gewöhnt, daß Menschen und Tiere, Automobile und die „Elektrische“, Rote Adler und Briefträger, Kinderwagen und Krankenransporte, Ärzte und Rentiers, kurz alles, was auf der Straße „kräucht und leucht“, der Absicht der heranmarschierenden Soldaten auszuweichen oder ihr Vorüberziehen abzuwarten haben. Dem deutschen Spießer erscheint es als etwas ganz Selbstverständliches, daß das „humme Zivilistenpad“ dem Militär, das die Straße benützt, ohne zu mucken auszuweichen hat. Ihm gehört das Militär ebenso zum Straßenbild, wie der „General-Anzeiger“ zu seinem Nachmittage. Die Militärverwaltung weiß das und sieht dem bühnenden Schuldigen der Canaille schmunzelnd zu. Was Wunder, daß die Ansprüche der Militäristen immer größer und gemeinschaftlicher werden! Das sagte sich auch der Landrat des Kreises Breslau, Herr Wichehaus, als er in der neuesten Nummer des Kreisblattes in folgender Bekanntmachung auch die Natur und ihre Erzeugnisse für die Kultivierung des Militarismus reklamerte:

„Maßnahmen für die Herbstübungen der Truppen.“

Durch das tiefe Herabhängen der Äste der an den Straßen stehenden Bäume sind die Truppen und Kolonnen während der Wanderschaft oft behindert, hinsichtlich scharf eine Seite der Straße zu halten.

Zur Befestigung von Verkehrsverbindungen der erwähnten Art ist der Wegebaupflichtige verbunden, gleichviel ob die Bäume auf oder neben dem Wegekörper stehen. In letzterem Falle können auch die Anlieger hierzu angehalten werden. (§ 1 des Wegerechts vom 11. Januar 1767 (I), D. V. G. Bd. 3, S. 353, Ab. 24, S. 196—197.)

Ich erlaube die Ortspolizeibehörden zu prüfen, wo derartige Hindernisse bestehen und auf ihre halbige Befestigung hinzuwirken.

Dieses Verfahren ist alljährlich so rechtzeitig zu wiederholen, daß etwaige Hindernisse bis zum Beginn der Herbstübungen beseitigt sind.

Breslau, den 3. September 1908.

Der Landrat.

Fetzt fehlte nur noch, daß man den krumm gewachsenen Bäumen das Strammstehen im Unteroffizierstone bestiehlt und ihren Ästen, daß sie sich platt auf den Bauch legen, und das Bild ist fertig. Was sagen aber die Bauern und Bäumebesitzer dazu, daß sie ihre Bäume verstimmen?

Breslauer Schauspielhaus.

Großstadtluft.

Schwan in vier Akten von Blumenthal und Kadelburg. Die Firma Blumenthal und Kadelburg, altrenommiertes Berliner Haus für dramatisierte Pantomimen, hatte gestern seine Karte beim Breslauer Publikum abgegeben und siehe da, Zinleinlein und Weiblein, Wackelische und Gymnastiken leisteten dem Hause der Firma in hellen Scharen Folge. Und alle schienen auf ihre Rechnung gekommen zu sein, denn vom Beginn bis Schluß läßen die harmlosen Späße jabelnde Heiterkeit aus. Humor wird ja schließlich während der langen Zeit von gut 2 1/2 Stunden gegeben, aber er ist doch von jener einschläfernden Sorte, bei der nur anpruchlos Theaterbesucher sich amüsieren, während andere gedächlos einguenden pflegen. Auf eine Beprengung des Stückes können wir verzichten. Einmal ist es nicht mehr ganz neu — es stammt noch aus der Zeit, als man das rühmsame Lied: „Mit meiner Mandoline“ auf allen Gassen und zu allen Drehorgeln sang — und zum anderen ist wirklich nichts zum Vergleichbaren daran.

Mit dem neuen Künstlerpersonal, das wie bekannt eigentlich erst für die Winterzeit sich dem Publikum vorzustellen hat, kann man bisher zufrieden sein. Wir haben bei den beiden Lustspielaufführungen, in denen wir die Künstlerwerke gesehen haben, ein flottes Zusammenspiel und recht achtenswerte Einzelleistungen feststellen können. Ein endgültiges Urteil kann natürlich jetzt noch nicht abgegeben werden, die größeren Aufgaben stehen den Künstlern noch bevor.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Banntrahl gegen Tolstoi. Die höchste kirchliche Behörde Russlands, die Heilige Synode, wendet sich mit einem Aufruf an alle Rechtgläubigen, in dem sie jede Feier von Tolstoi's Geburtstag verdammt. Dieses Vorgehen der Petersburger Bischofskonferenz erregt selbst in Russland Entrüstung. Aus Petersburg wird darüber berichtet: Das Veto des Heiligen Synods gegen die Tolstoi-Festlichkeiten an das Fest der spanischen Inquisition. Es ist ein im treueren Mitleid abgefaßtes Sendschreiben, das aber seine Warnung vor der Tolstoi-Ehrung mit den tönensten Worten schließt: „Denn Gott läßt seiner nicht spotten!“ Dieser sonntägliche Akt findet nicht einmal die Billigung der konservativen „Nowoje Wremja“. Das sonst nicht gerade Tolstoi-freundliche Organ schreibt: „Wir sind sehr davon überzeugt, daß alle Rechtgläubigen sich froh über mit ganzer Seele an diesem Festtag der russischen Literatur beteiligen werden. Man kann wohl mit Tolstoi's Festtag“

Sollt und hat dann, wenn ihre Stetigkeit die Frucht ihrer Arbeit tragen?

Ein verflucht schlechtes Gedächtnis haben doch unsere Liberalen. In ihrer Sonnabend-Nummer jammert die Breslauer Zeitung" also:

Das Reichsvertragsgesetz in der Praxis gibt heute Stoff zu vielen Streitfragen und Beschwerden, besonders in Preußen und in Sachsen. Einer der größten Uebelstände ist der, daß die Behörden vielfach die öffentliche Versammlung im Gegenstande zur Beschlussfassung sehr weit lassen. Sie stützen sich dabei auf die Begründung zum Paragraphen 5. Man wird zugeben müssen, daß nach der dort gegebenen Auslegung der Begriff der öffentlichen Versammlung sehr weit ist wie auch der des Reichstages. Den ersten Fehler hat also der Gesetzgeber begangen, der eine strenge, die Ausführungsorgane bindende Definition zu geben unterlassen hat. Ueber den wichtigsten grundsätzlichen Fragen, zum Beispiel der Sprachenfrage, sind die ebenfalls wichtigen, rechtlichen Punkte bei der Beratung einigermaßen vernünftig festgestellt worden, und das rächt sich jetzt. Gleichwohl wird ebensicher niemand bestreiten können, daß die Arbeit des ganzen Reichstages dahin gegangen ist, den Kleinlichen, lässigen Scherereien, die früher im Vereinswesen an der Tagesordnung waren, ein gründliches Ende zu bereiten. Diesem Willen des Reichstages hat auch die Regierung entgegenzukommen zu wollen versichert, immer wieder verifiziert. Das war die Begründung des ganzen Gesetzes. Unter der der Vorläufigkeit einer Spezialgesetzgebung zurücktritt. Es fragt sich nun, ob die Regierungen in Preußen und Sachsen so folgerichtig handeln werden, daß sie eine dieser Vorkehrungen entsprechende Ausführung auf dem Verordnungswege herbeiführen."

Stimmt! Aber wer waren denn die Gesetzgeber, die diese Pflichtarbeit die Schuld tragen? Waren es nicht gerade die Liberalen, die den „Versicherungen“ der Minister viel zu großen Wert beilegen und nicht wagt, die Klagen zu hören zu helfen, Garanten in das Gesetz hineinzubringen? Wer ein solches Spatzengedächtnis hat, sollte sich als Drehorgelsteller, aber nicht als Politiker betätigen.

Gerade wie wir Vorlesendes niedergeschrieben, sehen wir, daß die Jammersche Freisinnblätter auch dem Zentrumsblatt, der „Schles. Volksztg.“, ausgefallen ist. Das Blatt schreibt:

Diese Kritik ist an sich berechtigt. Der Freisinn jedoch hat sich des Rechtes zu dieser Kritik begeben, als er aus Angst, von dem „Plage an der Sonne“ verdrängt zu werden, trotz der Warnungen des Zentrums diesem Gesetz zustimmte. Er erriet jetzt die Früchte seiner Saat. Da diese nichts taugen, muß auch die Saat nichts wert gewesen sein."

Der Freisinn aber bleibt blind und taub.

Hurra! die Freiheit! Es lebe die Revolution!

So jubelt das edle Pastorenblatt des Herrn Nischke, das sich unwillkürlich trunken vor freisinnlicher Begeisterung fühlt. Endlich haben wir ein neues Regierungssystem! Wir leben in einer völlig neuen Welt! Die schweren Gewitterwolken sind endlich den „Sonnenstrahlen einer neuen Freiheit“ gewichen! Endlich haben wir auch bei uns „europäische Zustände! Die „absolutistische Regierungsform“ ist gebrochen und „dem Volke“ ist „eine Konstitution gegeben! Hurra! Und die „persönliche Freiheit wurde proklamiert“, hurra! Und die „Zensur ist aufgehoben“, die „Geheimpolitik abgeschafft“, hurra! Es „weht eine kräftige Brise, das Volk jubelt“ und der Monarch hält „Ansprachen an die Menge“.

Wo? In Preußen? Aber wo denkt ihr hin? Für Preußen ist das alles Kontinental. Nein, in der Türkei! Der Jubel des frommen Blattes gilt dem türkischen Volke, das in wenig respektvoller Weise eine siegreiche Revolution gemacht und die Volksausdauer

mit anderen Spitzbuben zum Teufel gejagt hat. So freudestrahlend bringt das Blatt sogar ein Bild, das eine Straßendemonstration darstellt und dem Jubel des Volkes über die siegreiche Revolution Ausdruck gibt. Und das Schimpf in jeder Nummer wie ein Rohrflak über die freien Anführer, die ähnliche Freiheiten für das Kreisland der Junker erstehen! Freilich: Wenn sie so weit vom Schuß ist — von Breslau bis Konstantinopel, etwa 60 Stunden Fahrzeit mit dem D-Zug! — kann man sich ja auch als reaktionärer Finsterling für die Freiheit und Straßendemonstration begeistern. Nur muß einem dies asiatische Gewächs stets drei Schritte vom Reibe bleiben!

Für Bedürftige ist im Kapitalstaate kein Geld vorhanden.

Folgender Roschrei eines hungernden Beamten geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Ich bin zwar nicht Abonnent Ihres oder eines anderen Blattes, denn diese Möglichkeit scheint mir bis auf weiteres versagt, und zwar aus Gründen, welche aus nachstehendem zu ersehen sein dürften.

Nachdem ich hieselbst sechs Jahre als Unterbeamter im Pal. Dienst tätig war, nahm ich freiwillig meinen Abschied und zwar aus privaten Gründen.

In den letzten Jahren war ich als Bureau-Hilfsarbeiter bei hiesigen Behörden und Geschäftsfirmen, sobald außergewöhnliche Arbeiten zu erledigen waren, beschäftigt, und wird keine meiner Dienststellen irgend etwas Nachteiliges über meine dienstliche Führung zu beklagen vermögen.

Seit zwei Monaten bereits bin ich nun arbeitslos und somit brotlos, und sind alle Versuche, Arbeit zu finden, fehlerlos gescheitert; selbst meine täglichen Gänge nach dem Arbeitsnachweis des Vereins gegen Verarmung und Bettel, sowie meine Bitte um Aufnahme in die Armen-Sperrkolonne waren erfolglos.

Seit Beginn meiner Arbeitslosigkeit bin ich nun, da ich eine Frau nebst fünf Kindern von 3 bis 12 Jahren habe, fortgesetzt bei der hiesigen Armenverwaltung eingekommen, aber jedesmal abgewiesen. Seit diesen zwei Monaten hungert meine Familie buchstäblich, der Verdienst meiner Frau, von höchstens 50 Pf., welchen dieselbe manche Tage durch Nähen erwirbt, reicht nicht einmal zum Broterwerb für die Kinder.

Warmes oder Mittagessen ist schon seit eben dieser Zeit nicht mehr genossen worden; bei dem jüngsten Kinde ist durch den fortgesetzten Genuß von kaltem Wasser, höchstens mit etwas trockenem Brot dazu, bereits eine Art Brechdurchfall und Ermattung eingetreten.

Ich für meine Person habe innerhalb dieser zwei Monate eine Körpergewichtsabnahme von 15 Pfund zu verzeichnen, trotzdem ich außer großer Ermattung sonst keinerlei Krankheiten oder Appetitlosigkeit bei mir geltend.

Ich wandle mich, wie oben bemerkt, an die Armenverwaltung nicht etwa aus Sorge um den eigenen Leib, sondern im Interesse des Wohles meiner Kinder, die mit leerem Magen ins Bett schlafen, als auch in die Schule gehen müssen. Prompt ließ regelmäßig der schriftliche Bescheid ein, daß ich nach Prüfung meiner Verhältnisse abschlägig beschieden sei. Mein hierauf gestellter Antrag, mich über den Grund der Ablehnung oder etwaige Bedenken gegen meine Person zu vernehmen und mir eventl. das Recht, mich über eventl. üble Nachreden zu verteidigen, einzuräumen, blieb unbeachtet. Nicht einmal folgte ein Bescheid; man will uns eben einer Hungerkur unterziehen, wie es scheint.

Ich glaube jedenfalls, an der seit Monaten bestehenden traurigen Familienlage keinerlei Schuld zu haben und wandle mich, da die berufene Behörde, die Armenverwaltung, nicht eingreift, und ich für das Wohl meiner Familie keine Garantie mehr übernehmen kann, an die öffentliche Meinung, ob seitens der dazu Berufenen das Erforderliche getan worden ist; ich stelle mich hierzu zur Verfügung.

Jedenfalls wird meine Frau bekunden können, daß in dem betreffenden Armenbezirk persönliche Feindschaft gegen meine Person herrscht und ausschlaggebend gewesen ist; der zuständige Armenvikar Ulbrich und Bezirksvorsteher Beck sagten meiner Frau offen, daß wir in einen anderen Bezirk ziehen sollten, indem wir in dem jetzigen für immer abgemietet seien; also hat man bereits eine neue Art von Verweis, den „Bezirksverweis“ geschaffen.

Ich habe seit Donnerstag meine Familie verlassen, da ich ihr nicht helfen und mir das herrschende Elend in der Nähe nicht mehr ansehen kann. Als Begrüßung lege ich eine Arbeitsbescheinigung bei. Bitte jedoch, meinen Namen wenigstens öffentlich noch nicht zu nennen, damit mir nicht alle Zuschriften auf Weiterleitung einer gesicherten Existenz genommen werden.

Dahingegen sehe ich der hochwichtigen Reaktion behufs eventl. weiterer Informationen über den Sachverhalt gern zu Verfügung."

Wenn doch einmal ein „Sturm der nationalen Begeisterung“ anstatt für Luftknoten sich für die Armen Deutschlands erheben möchte!

Was einer Dame in Breslau passieren kann.

Von einer Seite, die durchaus staatsverhaltend gelangt und erst spät zu der Erkenntnis gekommen ist, daß die polizeilichen Verhältnisse der Stadt unter Herrn Biondo reformbedürftig im höchsten Grade sind, erhalten wir folgenden Brief:

An die löbl. Redaktion der „Volksmacht“ in Breslau. Zur erst. Aufnahme in Ihr Blatt gestatte ich mir, Ihnen folgenden Vorfall zu berichten, welcher sich in seiner Eigenart sehr „charaktervoll“ am Ende Juni, Anfang Juli cr., der Öffentlichkeit übergebenen Artikel anlehnt.

Am 4. September, Freitag, Punkt 10 Uhr 10 Minuten, Abends, sehe ich mit einer Dame, der Tochter einer hochangesehenen Beamtenfamilie, auf der Poststraße gegenüber der Hauptpost und warte auf den Omnibus, Richtung Matthiasstraße. Der Wagen blieb ziemlich lange aus und wir waren somit gezwungen, an der Haltestelle einige Minuten bis zur Ankunft des Gefährtes zu warten. Im Laufe des Gesprächs bemerkte ich, wie von dem Kutscher der anscheinend diensthabende Schutzmann langsam Schritte auf uns zutretend und direkt vor uns stehen Halt macht. War ich über dieses Benehmen schon erstaunt, so wurde ich es noch viel mehr, als der Schutzmann zu der Dame folgende Worte äußerte: „Na, Sie wissen wohl nicht, daß hier die Poststraße ist, was?“ Mein Erstaunen wandelte sich bei diesem Punkt, von dem jeder weiß, was er zu beuten hat, in Empörung.

Ich trat auf den Schutzmann zu und erbat um Aufklärung; ohne mich weiter zu beachten, richtete jener dieselben Worte nochmals an die Dame. Erst nachdem ich ganz ernstlich darum bat, mich über die Berechtigung seines Tuns aufzuklären, fand es der Schutzmann für nötig, mir gegenüber einige Worte der Entschuldigung zu murmelnd und gab an, daß er sich getäuscht habe.

Abgesehen davon, daß es für jeden Menschen peinlich ist, wenn auf einer belebten Straße ein Hüter der Ordnung in streng dienstlicher Tone zu jemandem spricht, die Passanten stehen bleiben, unwillkürlich Ruhelos werden und das Intermezzo durch schlecht angebrachte Glossen illustrieren, wirkt ein derartiges Vorkommnis auf jede Dame depressierend; ich habe große Mühe gehabt, meine Begleiterin nur einigermaßen zu beruhigen.

Ich bin der Ansicht, daß es doch dem geübten Auge eines Schutzmanns, der Tag für Tag in demselben Kiezier Dienst tut, nicht schwer fallen dürfte, zu unterscheiden, ob er eine Prostituierte oder eine Dame vor sich hat. Es ist ja in Breslau schon fast täglich so weit, daß Damen, welche infolge ihres Dienstes oder aus sonst irgend welchen Gründen gezwungen sind, Abends allein nach Hause zu gehen, sich nicht auf die Straße trauen dürfen, ohne Gefahr zu laufen, von einem Schutzmann insulsiert oder gar sistiert zu werden. In meinem Falle hatte sogar die Dame in mir einen Begleiter und dennoch spielte sich der eben geschilderte Vorgang ab.

Es ist bringen notwendig, daß hier etwas geschieht, um namentlich dem alleinlebenden, weiblichen Publikum diejenige Sicherheit wiederzugeben, deren sie bei ihrem abendlichen Passieren gewisser Straßenzüge dringend bedürfen. Durch ähnliche Vorkommnisse in jüngster Zeit fürchtet jedes anständige Mädchen Abends die Straße zu betreten, um nicht durch den Uebergriff eines Schutzmanns kompromittiert zu werden.

Ihnen im voraus für Ihre Bemühungen bestens dankend, empfehle ich mich Hochachtungsvoll

(Folgt Name und Angabe der Wohnung.)

Da sich diese und ähnliche polizeilichen Mißgriffe in Breslau bedenklich häufen, wäre es dringend notwendig, daß alle Beteiligten den Regierungspresbiteren und den Ministern des Innern von den polizeilichen Zuständen in Breslau in Kenntnis setzen. Das Weitere werden dann die roten Sieben im neuen Landtage besorgen, die sowieso für Herrn Dr. Biondo eine besondere Material-Mappe angelegt haben.

len und sozialen Lehren sich nicht einverstanden erklären; man darf aber nicht vergessen, daß wir in Tschiol einen großen Dichter und Dichter vor uns haben. Die Religion wird durch die Ehrung eines künstlerischen Talentes in keinem Falle verletzt."

Herr Obolenst, der nach Jahnaja-Poljana gefahren war, berichtet, daß er das ganze Haus in großer Sorge um Tschiol vorfand. Anfangs sollte Herr Obolenst, ein alter Freund Tschiols, nicht dorthin gehen, denn die Gemahlin Tschiols, Gräfin Sofia Andrejewna fürchtete, der Besuch würde Tschiol zu sehr aufregen. Doch bestand der Dichter selbst darauf, seinen Freund Obolenst zu sehen, nachdem er von seiner Krankheit gebürt hätte. Obolenst fand Tschiol im Bett vor, nur mit großer Mühe konnte der greise Dichter sprechen; jedes längere Gespräch, jede kleinste Bewegung ermüdete ihn schrecklich. Er hat im Laufe der letzten drei Wochen fast abgenommen. Wohl sieht Tschiol nicht täglich die eingehende Post durch und diktiert seinem Sekretär diesen oder jenen Gedanken, doch merkt man schon eine gewisse Abnahme des Gedächtnisses, über die Tschiol sich selbst beschwert.

Aus aller Welt.

Die Zeppelin-Gesellschaft m. b. H. Die Frage der Landverweisung für die projektierte Zeppelin-Gesellschaft auf der Gemartung Friedrichshafen ist endlich gelöst worden. Bis auf einen Grundbesitzer, mit dem sich jedoch noch eine Einigung erzielen lassen wird, sind die Anläufe schließlich abgeschlossen. Die Kaufpreise in der Gemartung sind bereits erlosch. Im Laufe der nächsten Woche wird die ganze Ankaufs-Anglegenheit endgültig erledigt sein. Es ist beabsichtigt, zunächst nicht das ganze Gelände ausschließlich für Arbeitszwecke zu verwenden, vielmehr ist ein Teil des Geländes für Probantien vorgesehen. An diesem Teil, der naturgemäß nicht ständig benutzt werden wird, fällt der Stadtgemeinde Friedrichshafen ein Rückkaufsrecht zu.

Nach einem Uebereinkommen zwischen dem Grafen Zeppelin und der Stadtgemeinde Friedrichshafen wird Graf Zeppelin die ganze Nationalparks in Friedrichshafen veräußern.

Große Freude hat Graf Zeppelin den vier Kindern des Dr. Kufus in Heidelberg bereitet. Die Kinder hatten nach der Osterferien Kataloge den Inhalt ihrer Sparbüchlein, mit einer poetischen Widmung an den Grafen geschickt. Darauf hat dieser den Kindern folgenden Reim zugehen lassen:

An die vier Kätzle, Heidelberg, Mühlentrafé. Ihr traben Kinder habt's gut gemacht, daß mirer Ihr so freundlich gedacht. Das wird ein neues Lustschiff entstehen, Es flüg und prächtig, wie es leiner gesehen. Dann fliegt nach Heidelberg auch hin Und trägt Euch von oben Graf Zeppelin. Auch die Deutschen in Odesa haben zur Zeppelin-Freude beigetragen. Es wurden als erste Spende 668 Mark aus Odesa an die Allgemeine Anstalt in Stuttgart geschickt.

Schönwäasser in aller Welt. Die Iller führt, wie ein Telegramm aus Oberdorf meldet, infolge der in den letzten Tagen niedergegangenen heftigen Regengüsse Hochwässer und hat den Bahndamm oberhalb und unterhalb der Brücke bei Talhofen an der Solothurner-Sonthofen-Oberdorf gestört und unter Wasser gesetzt. Der Bahnverkehr ist vollständig unterbrochen und wird voraussichtlich erst in einigen Tagen wieder aufgenommen werden können. Die Finnen richteten besonders an den Pflanzenkulturen großen Schaden an. — Auch aus Amerika kommen Nachrichten über Wolkenbrüche. Die „Ill. Ill.“ meldet aus Winnipeg, ein Wolkenbruch und die Zerdringung einer Brücke durch Feuer verhindern den Verkehr auf der Kanada-Fahrtbahn zwischen Winnipeg und Montreal, diezüge werden über die amerikanischen Linie geleitet.

Auch der Rhein ist im Steigen begriffen. Aus Konstanz wird gemeldet: Infolge des anhaltenden Regens sind Rhein und Bodensee fast gefüllten. Der Bodensee ist seit gestern um 15, in den letzten fünf Tagen um 80 Zentimeter gestiegen. Eine neue Kilometerbrücke über die Reichel. Nach einer aus Danzig telegraphisch übermittelten amtlichen Meldung ist an dem im Pan begriffenen 1960 Meter langen Eisenbahn- und Straßenbahnbrücke über die Reichel in dem letzten der zehn eisernen Ueberbauten — einem Ueberbau von 132 Meter Stützweite — das Schlußstück eingestrichelt worden. Damit ist das gewaltige Bauwerk der Vollendung nahe gekommen.

3000 Menschen obdachlos. Im Westen Nordamerikas ist eine Winternacht von einer großen Feuersbrunst heimgesucht worden. Ein Telegramm aus Nevada meldet: Die Winternacht Kamhide ist durch Feuer teilweise zerstört worden. Gegen 3000 Menschen sind obdachlos geworden, auch sind mehrere Personen bei dem Brande zu Schaden gekommen. In der Stadt herrscht große Not.

Einen Hirsch überfuhr der Pöster Schmalspug. Der Hirsch geriet darauf unter die Lokomotive, das der Zug le lange kalten mußte, bis das noch lebende Wild herangezogen war. Die Bahnbeamten befreiten es durch Gemütsanz von seinen Qualen.

Der Schachbrief Friedrich Barbarossas. Großer Aufsehen erregt, wie aus Rom gemeldet wird, die Entdeckung des Schachbriefes Friedrich Barbarossas für das Kloster San Pietro in Perugia. Das Pergament, das vorzüglich erhalten ist und im Kloster San Pietro in Perugia aufbewahrt wurde, stammt aus dem Jahre 1153.

Ganzschmerz. In den letzten Tagen sind in Göttingen verschiedene Verhöle verübt worden. Am Balkenmühlentweg wurden aus mehreren Häusern Wände und Schiefer sowie aus Gärten aufgestellte Wäpse gestohlen. Am Steinweg hat einem Frölen, das dort mit seinem Bruder wohnt, ein Dieb, der Rechts, während die Dame schlief, durch das Fenster einsteig, die Uhr gestohlen und, wie der „Göttinger Bot“ erzählt, folgenden Brief hinterlassen:

Schändliches Verbrechen! Nennen Sie es man nicht für iedel, daß ich Sie Ihre Uhr geklaut habe. Aber ich habe zu mich keine Schwäche beneidliche Zügel zu besitzen. Machen Sie auch in die Zukunft das Verbrechen nicht zu, sonst jaranthiere ich für jarnisch. Es wäre mir velle lieber jenseln, wenn Sie ihr Portemarietehen gleich dabei jekelt hätten, vielleicht dann Sie hat es nechte Mal. Schade, daß Sie keinen Schirm da stehen hatten, denn wäre ich doch nicht so nah jemorden. Auf Wiedersehen. Ihr treuester, dankbarster Emil mit de kaste Hand. Et is man jut, daß Sie so jekene schnacken."

Aktion in den Bergen. Ahermals hat das Hochgebirge ein Opfer gefordert. Wie ein Telegramm aus Wien meldet, ist der Hamburger Kaufmann Sigmund Werna mit seinem Reittier auf einer Tour zur Samowarhütte in einen tiefen Abgrund gestürzt. Er wurde geborgen und liegt schwerverletzt und bewußlos in der Schutzhütte.

Der aufgetreffe Polizeihund. Ein recht unruhliches Ende scheint ein von der Stadt Lichte n. s. in angeschaffter Polizeihund gefunden zu haben, denn eines Tages war und blieb er verschwand. Wie dieses „Auge des Gesetzes“ geendet haben wird, verriet eine Notiz in der Lokalpresse anlässlich der Anschaffung eines neuen Polizeihundes. In der Notiz heißt es: „Ein neuer Polizeihund ist von der Lichte kleiner Schutzmannschaft übernommen worden. Öffentlich läuft den Hundescheißerleihen beim Leben dieser Zeilen nicht schon das Wasser im Munde zusammen. Wie übrigens von zuverlässiger Seite gemeldet wird, ist der Hund darauf dressiert worden, jenen „Feindschmecken“ den Appetit schon von weitem abzurücken und mehr als sein in der Praxipanne aufgegebenen Vorgänger in der Lage, das Gebiß zu zeigen."

Entgleisung auf der mandchurischen Bahn. Bei Nikolai an der mandchurischen Bahn wurden, einer Meldung aus Petersburg zufolge, die Gleise in verkehrlicher Abicht enternert, wodurch der Personenzug, der in voller Fahrt begriffen war, entgleiste. Viele Personen wurden verletzt oder verwundet.

Als Tomsk wird gemeldet: Vorgestern morgen fand ein Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterzuge bei dem Ausweichpunkt Ankersky statt. Ein Schaffner und ein Arbeiter wurden getötet; zwei Schaffner schwer und neun Passagiere leicht verwundet; zehn Wagen wurden zertrümmert.

Keine Chronik. In einem im Bau begriffenen Tunnel der Bahnhöhe Kom-Prapel explodierte vorze eine Mine, wodurch 20 Arbeiter Verletzungen erlitten. — Eine Feuersbrunst zerstörte das Schloss von Montfourey bei Livorno. Ein Säugling von drei Monaten, Kind des Grafen von Serthoy ist in seiner Wiege umgekommen. — Ueber die Kämpfe zwischen Napolern und Polizisten wird noch dem „Newport Herald" aus Schanghai telegraphiert: Der Kaiser der Japaner entließ folgendemagen: Eine Anzahl japanischer Zivilisten und Matrosen, die auf einem japanischen Kreuzer angekommen waren, besuchte die Stadt Schanghai. Einige der japanischen Offiziere sollen eine europäische Frau insulsiert haben, worauf Polizisten die Offiziere verhafteten. Dies war das Signal zu einem allgemeinen Krawall, an dem sich alle Japaner beteiligten. Der Kampf war äußerst erbittert und auf beiden Seiten wurde geschossen. Schließlich gelang es der Polizei den Aufbruch zu unterbrechen.

Der Oberhirt als Streibbrecheragent

Unter dieser Spitzmarke berichtete seinerzeit der „Vorwärts“ ebenso wie die „Volkswacht“, daß der Herr „Dundersche Agitationsleiter“ Mag. Strohsfeld während des Streiks bei der Firma Gubisch in Liegnitz arbeitslose Gewerksvereiner als Streibbrecher vorhin vermittelt hatte. Durch diese Ueberschrift fühlte Strohsfeld sich beleidigt und er strengte wider den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Davidsohn, eine Privatklage an. Das Breslauer Schöffengericht sprach den Angeklagten aber frei. Der Ausbruch Oberhirt sei keine Beleidigung und der Ausbruch Streibbrecheragent sei lediglich die Bezeichnung einer Tatsache, da durch die Beweisaufnahme festgestellt sei, daß der Kläger tatsächlich Streibbrecher vermittelt habe.

Mit diesem Urteil gab sich Strohsfeld nicht zufrieden und auf seine Berufung entschied die Strafkammer, daß der Ausbruch „Streibbrecheragent“ eine „formelle Beleidigung“ darstelle. Genosse Davidsohn wurde deshalb zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die von ihm eingelegte Revision ist jetzt vom Oberlandesgericht verworfen. Es bleibt also bei den zwanzig Mark Geldstrafe. An der Tatsache, daß Strohsfeld Streibbrecher vermittelt hat, wird dadurch natürlich nichts geändert.

* Eine duftige Submissionsblüte, wie sie trotz allem, was man auf diesem Gebiete schon erlebt, nicht alle Tage vorkommt, wird uns aus der Sanatoriumsstadt überliefert. Dort waren am 2. September die Erd- und Betonarbeiten zur neuen Festerwache zu vergeben, worauf folgende Gebote eingingen: Schleifische Betonarbeiten-Gesellschaft 38.635,60 Mark, Simon-Gesellschaft 24.772,65 Mark, Grabower 23.037 Mark, Drusch u. Co. 20.804,40 Mark, C. Brandt 19.612,39 Mark, Kautenburg u. Co. 18.639,50 Mark, Just 13.205,75 Mark, Baum 12.590 Mark, Simon u. Halspapp 11.850,70 Mark, Th. Roche 10.775,20 Mark, Wegner 10.631,20 Mark, C. S. Ferschle 10.229,85 Mark, Solat-Eisenbeton-Gesellschaft 9192,21 Mark, Sermatt 7848,70 Mark, D. Haase 7570,50 Mark, Dreßler 6277,59 Mark. Also: Wofür die Schleifische Beton-Gesellschaft 38.635,60 Mark verlangt, das will Herr Dreßler für den sechsten Teil des Betrages machen! Wer zahlt da eigentlich die Differenz?

Wie wir hören, wird infolge dieser wahnsinnigen Unterbietungen und weil manche Gebote doch allzuweh nach Schmutzkonkurrenz riechen, eine Neuaußschreibung vorgenommen werden.

* **Dr. Guradze im Guckkasten.** Paul Keller, der schlesische Dichter und bisherige Lehrer in Breslau, gibt jetzt eine hübsche Wochenchrift mit Liedern, Bildern und Scherzen heraus, die früher „Lustige Woche“ hieß und jetzt in „Guckkasten“ (Köfe-Verlag, Berlin, Preis der Nummer 25 Pfg.) umgetauft worden ist. Für diesen Guckkasten liefert der Sonntagspflanzer der „Breslauer Morgen-Zeitung“ Herrn Keller einiges Material, damit er es entsprechend heller glänzere. Von Schluß dieser Plauderei heißt es, nachdem vorher crustere Probleme behandelt worden sind:

„Einem freundlicheren Blick wollen wir uns zuwenden, einem Blick lokalen Herdenstanzes. Unser Guckkasten ist auf die neue Graupenstraße gerichtet und schaut in die Reaktionskammer der „Volkswacht“. Die Herren, welche den „Genossen“ das tägliche Zeitungsbrot dort zusammenwirken, sind vollständig verammelt, und unter ihnen — zweifelhaftem Spektakel — erblicken wir Herrn Dr. Guradze, den mächtigen Mitspracheführer von Ostpreußen. Herr Guradze hat eine schwere Niederlage erlitten, der hochwürdige Minister hat ihn, der so sicher auf seinem Amtsweg daherschritt, vor den bösen Sozis bloßgestellt, hat ihn mit ungewohnt bedeutigen Worten geschlagen: „Du bist im Unrecht, lieber Guradze, Du hast das Vereinsgesetz nicht richtig angewendet, Du mußt Dich besser informieren, damit die „Genossen“ nicht mehr gerechtes Urtheil haben, sich über Dein Obituarium Werten zu beklagen. Es geht nicht anders, ich muß Dich tadeln.“ Und die Sozis kriegten auch einen Schreibbrief vom Minister, der ihnen von seiner Entschlebung in Sachen des Ostwäcker Amtsherrn Kunde gab. Wer will es den „Volkswacht“-Männern verdenken, wenn sie ob ihres Sieges jubeln und schallende Arturphänomene hinaus in die Welt blasen, und wer verliest es nicht, daß Herr Guradze klagen geht und seines Schmerzes fast kaum noch zu tragen weis? „Alle haben sie mir Recht gegeben, alle meine Vorgesetzten, alle Funktionäre der Erziehung und der Justitia in Breslau, und nun war ich doch nicht im Recht! Der Herr Minister sagt es, und der muß es schließlich doch wissen.“ So seufzt er schwer bekümmert, und da die obdrücklichen Instanzen ihm gar unzuverlässige Berater waren, so entschließt er sich blutenden Herzens, bei seinen Gegnern, deren geistige Zentrale die „Volkswacht“ ist, ein Privatissimum über das Vereinsgesetz zu hören. So finden wir Herrn Guradze in der Redaktionsstube auf der Graupenstraße wieder, und alle dort wirkenden Herren sind nun mit rührender Liebenswürdigkeit und heiligem Eifer bemüht, den Ostwäcker Amtsvorsteher in das reine Verständnis der Vereinsgesetzlehre einzuweißen, notabene gratis und mit Auschluss jeder amtlichen Gegenleistung. Wir stellen dies freundliche Bild dem Guckkasten des Herrn Paul Keller zur Verfügung, natürlich ebenfalls gratis.“
Hoffentlich macht Paul Keller von diesem freundlichen Anerbieten Gebrauch.

Konjunkturbarometer.

Innerhalb einer Woche brachten viele Blätter nacheinander folgende Meldungen über die Lage der deutschen Eisenindustrie: „Der Stahlwerksverband hat, wie erst jetzt bekannt gegeben wird, in seiner letzten Versammlung vom 30. Juli beschlossen, mit Geltung vom 1. August die Ausfuhrvergütung für Formeisen um 5 Mark auf 20 Mark pro Tonne zu erhöhen.“
Wald darauf las man: „Der Verband des Stahlwerksverbandes hat, wie berichtet wird, wohl infolge der erhöhten Ausfuhrvergütung, eine merkbare Besserung erfahren.“
Zum Schluß hieß es: „Der Verkauf des Stahlwerksverbandes belief sich für das erste Drittel des laufenden Monats auf rund 63 Prozent der Grundbeteiligung. Es würde dies also, wenn die Werke ihre Herstellung dem Absatz anpassen, eine Einschränkung von 27 Prozent bedeuten. Gegenüber dem Vormonat liegt darin eine nicht sehr bedeutende Besserung.“
Diese heftigen Schwankungen, die das Barometer des Stahlwerksverbandes in einer Zeit von noch nicht acht Tagen anzeigt, sind recht verdächtig. Im Anschluß an die erhöhte Ausfuhrvergütung wird erst berichtet, daß der Verband eine merkbare Besserung erfahren hat, nicht lange darauf brennt man, daß der Verband in den ersten zehn Tagen des August gegenüber dem Vormonat eine nicht sehr bedeutende Besserung aufweist. Wahrscheinlich stammen die ersten beiden Nachrichten aus Stahlwerksverbandkreisen, sie

wurden in die Welt gesetzt, damit das Barometer freundlicher Wetter anzeige. Die Situation hat sich inzwischen so geändert, daß auch die Ausfuhrvergütung von 20 Mark für die Tonne Formeisen das Ausfuhrvermögen in Formeisen hat verbessert hat, der Absatz der anderen Produkte aber — im Inlande oder Auslande — keine Steigerung über gar eine leichte Abnahme gegenüber dem Vormonat erfahren hat. So ist eine Verschlebung der Verhältnisse in eine merkbare Verschlechterung worden, während die Feststellung, daß der Verband des Stahlwerks im ersten Drittel sich auf etwa 63 Prozent der Grundbeteiligung beläuft, keine irgendwie nennenswerte Geschäftsbelebung erkennen läßt.

* **Von Herrn Ansbacher Bräuer in Mainz-Sülzen** erhalten wir folgendes Schreiben: „Für Verhütung des Artells in Nr. 207 Ihrer Zeitung (Wieder eine Staatsklage geübt) erlaube ich, dem Artell der Wahrheit entsprechend dahin zu berichten, daß ich zwar wegen Unterschlagung verhaftet, jedoch sofort wieder entlassen wurde, da es sich erwies, daß die Klage nicht wirklich ist, und nur als Nachsatz des Sekretärs Mende bezeichnet werden kann, gegen den das notwendige Verahren eingeleitet ist.“
Herr Mende erklärt demgegenüber, daß es die Wahrheit ist, was er gegen den Polizeisten vorzubringen habe. Die Gerichtsverhandlung dürfte ja bald zeigen, wer von beiden recht hat.

* **Die Vereinigung der Male-, Badier- und Anstreicherschreiber** schreibt uns: Wir erlauben die Redaktion, unseren Versammlungsbereich dahingehend zu korrigieren, daß nicht der Tarif zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Malergewerbe abgeschlossen ist, sondern zwischen dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmergebiet. Außerdem hat sich nicht die Firma Schnerz und Delmeide, sondern die Firmen Kessig u. Scholz und Dehmler des Streikbruchs schuldig gemacht.

* **Beleuchtete Türe und Treppen.** Die Flur- und Treppenbeleuchtung wird mit dem Ritzerverweiden der Lage nötig. Die Meinung vieler, daß sie nur während bestimmter Monate einzutreten habe, ist falsch. Bei eintretender Dunkelheit müssen innerhalb der Verkehrszeit die Hausflure und Treppen beleuchtet werden und der Vermieter hat dafür zu sorgen, daß dies geschieht; er ist hierzu verpflichtet, er wird bestraft, wenn er dieser Verpflichtung nicht nachkommt. Ob er nun selbst dieser Pflicht genügt, oder ob er jemand damit beauftragt, ob er durch Vertrag mit den Mietern diesen die Erfüllung dieser Obliegenheit auferlegt; darauf kommt es dann nicht an. Dem Mieter ist nur genügt, wenn die Beleuchtung erfolgt. Für Unfälle; die infolge der Nichtbeleuchtung eintreten, bleibt der Grundstücker haftbar. Dem Beschädigten gegenüber hat er allein für den Schaden aufzukommen. Der Beschädigte hat es nicht nötig, sich mit der Haftpflicht-Versicherungsanstalt, bei der etwa der Vermieter rückversichert ist, herumzustritten. Er hat es allein mit dem Hausbesitzer zu tun. Dieser mag sich an seine Gesellschaft halten. Aus allem geht hervor, wie dringend nötig es ist, die Mahnung zu befolgen: Beleuchtet Türe und Treppen! Die Hausbeleuchtung hat mit Beginn der öffentlichen Straßenbeleuchtung zu erfolgen und zwar so lange Zeit, wie die Türe, Treppen bezw. Höfe dem Verkehr dienen. Geschieht dann dennoch ein Unfall, der nicht die Folge einer gefährlichen Einrichtung oder einer Unterlassungsfünde im Hause ist, dann kann der Hausbesitzer hierfür nicht verantwortlich gemacht werden, sondern die Verunglückten haben die Schuld selbst zu tragen.

+ **Besser aufpassen!** Vor einigen Tagen wurde eine Verkäuferin auf der Matthiasstraße von einem jungen Manne gebeten, ein Rechnerblatt zu wechseln; als sie das Geld aufgezählt hatte, strich der Betrüger das Geldstück mit ein und ergaß die Frucht. Leider ist die Festnahme nicht gelungen. — In ähnlicher Weise wurde ein Restaurateur von der Rembrandtstraße durch zwei elegant aussehende junge Leute um 4.90 Mk. betrogen.

Die Aufforderung der Vertrauensperson der Genossinnen, Delegierte zum Parteitag in Essen zu entsenden, fand gutes Gehör. 19 weibliche Delegierte wählten ihm bei, die regen Anteil an den Verhandlungen nahmen. Nachdrücklich wurde auf diesem Parteitage aufs neue betont, wie notwendig es sei, an der Aufklärung und Organisation der Arbeiterinnen zu arbeiten und sie als geschulte Streitkräfte dem Heer der Massen kämpfer zuzuführen. Insbesondere war es Genosse Weibel, der in seinem Referat in diesem Sinne mit Wärme für eine energische Unterstützung der proletarischen Frauenbewegung plädierte. In einer Resolution wurden die Genossinnen ausdrücklich verpflichtet, ebenso energisch wie für die übrigen Parteizeitungen auch für die „Gleichheit“ eine intensive Agitation zu betreiben.

Eine nicht vorgesehene außerordentliche Beratung der Genossinnen wurde durch den Erfolg ihrer Arbeit auf einem besonderen Tätigkeitsgebiete notwendig, dessen Bedeutung sie noch nicht lange begonnen hatten. Erst im Jahre 1906 hatte in Nürnberg dank der Agitation der dortigen Arbeitersekretärin, Genossin Grünberg, mit Unterstützung des dortigen Gewerkschaftsartells eine Dienstbotenbewegung eingesetzt, die einen Massenbewußten Charakter trug und zur Gründung eines Vereins führte, der sich nicht auf den Boden der Harmoniebesetzung stellte, sondern, den modernen Gewerkschaften gleich, auf denjenigen des Massenkampfes. Das Nürnberger Beispiel hatte bahnbrechend gewirkt. Es mehrten sich rasch die Städte, in denen ebenfalls Massenbewußte Dienstbotenvereine entstanden. Überall waren es die Genossinnen, die den Löwenanteil der Arbeit leisteten, welche die Agitation unter den Dienstboten und ihren Zusammenschluß in Organisationen erforderte. An sehr vielen Orten wurden sie dabei in tatkräftigster Weise von den Gewerkschaftsartellen unterstützt und überall fand ein harmonisches Zusammenarbeiten mit ihnen statt. Die Dienstbotenvereine nahmen an Mitgliedern zu und konnten mit Hilfe der Kartelle und der Genossinnen manches zur Verbesserung der Lage der Dienenden schaffen. Mit dem Wachsen der Bewegung unter dieser ganz besonders rechllosen Arbeiterkategorie machte sich aber eine gemeinsame Ausdrucksprache derjenigen notwendig, welche die Agitation in Fluß hielten, und die sie fördern wollten. Fragen waren aktuell geworden, über die man einer Klärung durch eingehende Besprechung bedurfte, um zu einer Verständigung und einheitlichen Haltung zu kommen. So z. B. die Frage des Dienstbotentages, die Errichtung eines eigenen Stellennachweises, die Beschaffung eines eigenen Organs für die Dienstbotenvereine, vor allem aber die Frage der Anbahnung einer Zentralisation aller Massenbewußten Dienstbotenorganisationen, die von den verschiedensten Seiten dringend befürwortet wurde. Um den schwebenden Fragen näher zu treten, hatten auf dem Parteitage in Essen, wie bereits vorher schriftlich, eine Anzahl Leiterinnen der Dienstbotenbewegung die Unterzeichnete aufgefordert, eine Konferenz der Genossinnen zur Erörterung der Dienstbotentage einzuberufen, an der auch die Vertreterinnen der Dienstbotenvereine teilnehmen sollten. Die Zentralvertrauensperson als zuständige Instanz kam dem Ersuchen nach. Sie berief auf den 30. November 1907 eine außerordentliche Frauenkonferenz nach Berlin ein, die von 25 Delegierten besucht war, welche an der jungen Dienstbotenbewegung hervorragend aktiven Anteil hatten. Den Verhandlungen wohnten außerdem eine Anzahl Gäste bei, darunter ein Vertreter des Parteivorstandes, ein Vertreter des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin und einige Vertreter von Gewerkschaften. Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, wie dringend notwendig die Konferenz für die weitere Entwicklung der Dienstbotenbewegung war. Sie hat denn auch diese in durchaus günstiger Weise beeinflusst. Die Berichte

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für die Zeit vom August 1907 bis Ende Juli 1908.

Das letzte Geschäftsjahr hat sich durch wichtige Kongresse und Konferenzen ausgezeichnet, welche der Betätigung der Genossinnen mancherlei Anregungen brachten und neue Aufgaben zuwiesen. Sie seien daher an erster Stelle erwähnt. Die Tagung der Ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz war unstreitig ein bedeutendes Ereignis für die sozialistische Frauenbewegung aller Länder. Sie fand vorausgehend dem Internationalen Sozialistischen Kongress statt und trat am 19. August 1907 in Stuttgart zusammen. Diese Konferenz war ein erster Versuch, die sozialistische Frauenbewegung aller Länder zusammenzufassen und entsprechend dem einen Ziele, das sie überall erstrebt, geschlossen in Reih und Glied der großen sozialistischen Internationalen zu stellen. Ob ein solcher Versuch Erfolg haben würde, war von vornherein nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Die sozialistische Frauenbewegung der verschiedenen Länder stellt nämlich nicht bloß eine bunte Musterkarte verschiedener Organisationsformen dar, sondern auch verschiedener Entwicklungsstufen der prinzipiellen Klarheit und praktischen Aktionsfähigkeit. Ob trotz dieser reichen Mannigfaltigkeit sich regenden und betätigenden Lebens die Einheitlichkeit des grundsätzlichen Erfassens unserer Aufgabe als sozialistische Kämpferinnen bereits groß und fest genug gebildet sei, um eine dauernde Verbindung zwischen den Bewegungen der einzelnen Länder anzubahnen und damit die Voraussetzung eines einheitlichen planmäßigen Vorgehens in der Zukunft, das war die Frage, auf welche die Stuttgarter Konferenz eine Antwort geben sollte. Die deutschen Genossinnen hatten bereits gelegentlich des Internationalen Kongresses zu London 1907 durch eine Besprechung der ...en Delegierten versucht, eine gewisse Fühlung zwischen den Sozialistinnen der einzelnen Länder herbeizuführen. Doch waren die Bemühungen erfolglos geblieben. Mit Ausnahme der Beziehungen, welche sich erfreulicherweise zwischen der sozialistischen Frauenbewegung Österreichs und Deutschlands angeknüpft hatten und der noch sehr losen Fühlung, welche sich zwischen der letzteren und den ...en

Das Schließen und Welen.

Lohnbewegung der Tischler in Glogau.

Am Freitag Abend tagte im Jünger'schen Lokal eine Versammlung, die von 90 Tischlergesellen besucht war. Zur Verhandlung gelangte ein von den Arbeitgebern ausgearbeiteter Tarifvertrag, der von dem Ausschuss, Genossen Dietrich, eingehend erläutert wurde. Die Vorgesandten bei einzelnen Arbeitern sind so minimal, daß wenn der Vertrag angenommen würde, die Gesellen auf demselben Punkt wie vor der Bewegung ständen. Von einem Montage-Zuschlag will der größte Teil der Arbeitgeber nichts wissen, dagegen verlangen sie uneingeschränkte Überstunden mit einem Zuschlage von 5 Pfg. pro Stunde. Alle Arbeiter erklärten sich für Ablehnung des Vertrages und wurde eine dahingehende Resolution mit 61 von 88 abgegebenen Stimmen angenommen. Die 19 Kollegen, welche schon zu den neuen Bedingungen arbeiten, entließen sich der Zustimmung. Der Ausschuss ermahnte nochmals zur Einigkeit und Ausdauer; wenn jeder seine Pflicht tue, so müssen wir zum Ziele gelangen.

Die angekündigte Aufführung dürfte somit am Sonntag Abend erfolgt sein. Außer den bereits in Abdingung stehenden Arbeitern wurden noch 50 Mann aus den Betrieben von S. Effert und Strickbach betroffen; genannten Firmen war der Tarif nicht unterbreitet, da sie Spezialarbeiten herstellen, die im Rahmen des allgemeinen Tarifs schlecht unterzubringen sind. Die Lohnkommission versuchte nochmals auf gutlichem Wege eine Verständigung, indem sie folgendes Schreiben dem Schutzverband übermittelte:

Die heutige Versammlung hat zu Ihrem uns übermittelten Vertragsentwurf Stellung genommen und den Unterzeichneten beauftragt, Ihnen den gefassten Beschluß zur Kenntnis zu bringen. Derselbe ist in folgender Resolution zusammengefaßt:

Die heute tagende Versammlung der Glogauer Tischlergesellen hält den letzten von den Arbeitgebern gebotenen Vertrag für nicht annehmbar und halten dieselben an dem von den Arbeitgebern durch die Lohnkommission am 18. August übermittelten alten Tarif fest. Die Versammlung erklärt es weiter für notwendig, daß die Festsetzung der Arbeitspreise nicht betriebswirtschaftlich, sondern durch gegenseitige allgemeine Beratung für die Gesamtheit vereinbart wird.

Da eine Verständigung im beiderseitigen Interesse liegt, erlauben wir uns Ihnen hiermit den Vorschlag zu unterbreiten, die weiteren Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages in gemeinsamer durch gegenseitige Vertreter geführter Sitzung zu vereinbaren. Wir halten diesen Weg für den einzigen, der bald wieder zu einem friedlichen Verhältnis im Gewerbe führen kann.

Schlichtungsbüro

Die Lohnkommission.

An den Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe, Glogau, d. S. des Herrn Effert.

Seitens der Arbeitnehmer ist hiermit alles getan, um die Differenzen in gütlicher Weise zu schlichten. Wehrt der Schutzverband auf seinem eigentlichen Standpunkt, so trägt er auch die alleinige Verantwortung, wenn in Zukunft der Kampf mit aller Schärfe geführt wird, der, wenn er länger anhält, für die Keinen im Gefolge des Schutzverbandes befürchteten Verhängnisvoll werden muß. Dem Arbeitgeber, der sich so angelegentlich nach den Klassenverhältnissen der Arbeiter erkundigt, können wir verraten, daß es dem Deutschen Holzarbeiter-Verband mit seinem 2 1/2 Millionen Mark betragenden Vermögen und 111.000 Mitgliedern ein Verbrechen ist, diese Handvoll Glogauer Ausgesperrten über Wasser zu halten.

Bergwerks-Zentraldirektion Jabrze als selbständiges Bergamt.

Die verlaufende besteht die Absicht, die kgl. Central-Bergwerksdirektion in Jabrze zu einem selbständigen Bergamt zu erheben. Dadurch würde erstens eine erhebliche Entlastung des Oberbergamts in Breslau und zweitens ein direkter Verkehr des neuen Bergamts mit den Ministern in allen den Sachen herbeigeführt werden, die von der Bearbeitung durch das Oberbergamt Breslau losgerissen und dem Bergamt zu Jabrze überlesen würden. Dem Oberbergamt zu Breslau sollen hauptsächlich die rein bergpolizeilichen, sowie alle diejenigen Sachen vorbehalten werden, auf die das Berggesetz Anwendung findet. Dem neuen Bergamt zu Jabrze würden somit die betriebswirtschaftlichen Sachen sowie die Personalachen überlesen sein. Der Verkehr und die Abwicklung der Geschäfte soll sich nach dem Muster der kgl. Bergwerksdirektion zu Saarbrücken gestalten, die ebenfalls selbständiges Bergamt geworden ist. Mit der Verwirklichung des Planes wird dem Leiter der kgl. Bergwerks-Zentraldirektion in Jabrze, Geh. Bergrat Wiggert, vorausichtlich der Charakter als Berghauptmann verliehen werden.

Striegau, 6. September. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag Nachmittag im Hof des Produktionshändlers Simon Hiesel. Der bei dem Kreditur Klinte beschäftigte Arbeiter August Obbel fuhr mit einem mit Kumpen beladenen Wagen in den Hof ein, arriet dabei zwischen den Wagen und einen dort stehenden eisernen Kesselboden. Die linke Wagenachse brach hierauf so stark gegen den Leib des Obbel, daß dieser sofort getötet wurde. Obbel, dessen Frau und Kinder noch in Schwidnitz wohnen, ist 33 Jahre alt und war erst wenige Wochen hier.

Girschberg, 6. September. Zum Abbruch im Welsberger Grund. Der Vorkaufsbesitz ist als ein bei der Werkinspektion III der Eisenbahndirektion Breslau angestellter Schlosser namens Karl Tiroke ermittelt worden. Seine Leiche ist nach Breslau geschickt und dort am Sonntag beerdigt worden.

Girschberg, 6. September. Tod infolge Jagdunfall. Vor etwa einer Woche berichteten wir aus Schönan o. S., daß bei einer Hühnerjagd in der dortigen Gegend der Forstschütze Seidel von einem Jagdteilhaber in die linke Wade geschossen wurde. Leider sollte der hoffnungsvolle 23jährige Mann ein Opfer des Unfalls werden. Es trat nach einigen Tagen Bluterkrankung ein und auch die ärztliche Kunst konnte das junge Leben nicht mehr retten. Sonnabend Vormittag ist im hiesigen städtischen Krankenhaus, wohin man ihn in den letzten Tagen gebracht hatte, der junge Mann im Beisein seiner Angehörigen gestorben. Die Verblauung findet in Vorderheide bei Peanitz, wo der Vater des Verstorbenen Revierförster ist, statt.

Meißenbach, 6. September. Folgen der Rache. Ein schwerer Brandunglück ereignete sich gestern in dem idyllisch gelegenen, von Touristen sehr beliebten Steinungenbor. Dort besitzt die Fabrikarbeiterin Leuchnerberger ein Haus. Dieselbe wurde in letzter Zeit von ihrem eigenen Kissen mit Liebesantügen bedrängt, welche sie aber zurückwies. Dieser Umstand bewog den Kissen zu dem Rachegebanten, seiner Lante das Haus anzuzünden. Als jene zur Arbeit gegangen war, legte der Kisse den Brand auf dem Bodenraum an. Die Flammen verbreiteten sich mit rasender Schnelligkeit in dem Holzdachwerk und verqualmten den Treppengang so schnell, daß sich der Brandstifter nicht mehr in Sicherheit bringen konnte. Er kam in den Flammen um, während das Haus völlig niederbrannte. Bei den Aufräumungsarbeiten wurde der völlig verblöhte Leichnam aufgefunden.

Saarau, 6. September. Strafe für einen Sittlichkeits-Verbrecher. Der Gasarbeiter Emil Herrmann aus Saarau, welcher vor kurzer Zeit in dem nahen Wäldchen ein Kind überfallen hatte, wurde von der Saarbühner Kreisstrassammer wegen Sittlichkeitsverbrechen zu zwei Jahren Zuchthaus

und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlung fand unter Anwesenheit der Öffentlichkeit statt.

Petersdorf, 6. September. Brandstiftung aus Rache. Das 20 Jahre alte Dienstmädchen Reich aus Bogisdorf wurde unter dem Vorwurfe verhaftet, aus Rache dafür, daß es entlassen worden war, die Rache des Besitzung in Brand gesteckt zu haben.

Witz, 6. September. Töchter Tod eines „alten Jägers“. Einen traurigen Abschluß hat die Reise zum Jäger-Feier für einen Teilnehmer gefunden. Der königliche Förster A. D. Reichlich R. n. y. e. aus Schwert a. W., der als ehemaliger fünfter Jäger an der Feier in Girschberg gefund und munter teilgenommen hatte und auf der Rückreise von Girschberg in Gölitz Verwundet wurde, ist dort plötzlich von einem Verfall dahingerafft worden. R. n. y. e. war 72 Jahre alt.

Kobrowitz, 7. Septbr. Dem ehemaligen Stationsassistenten K. o. k. ist der Antrag auf ein Wiederannahme-Verfahren vom Landgericht Breslau abgelehnt worden. K. muß nun, wenn er nicht begnadigt wird, seine neun Monate voll verbüßen. Den Unterhalt seiner Familie hat die städtische Armenverwaltung in Breslau übernommen.

Radibor, 6. September. Morb. Dienstag Abend wurde im Rybowitz Walde zwischen Chelau und Probochowitz die verblühte Leiche eines Mannes in einer Remise verdeckt aufgefunden. In der Leiche wurde der Vater des Lehrers aus Probochowitz reognosziert, der vor 8 Tagen nach Chelau gegangen war, um einen größeren Gelddbetrag abzuholen. Von den Mörder fehlt noch jede Spur.

Königsbrunn, 6. September. Mit einem Dolch erschossen. In der Königsbrunn wurde bei dem Umbau als Erdarbeiter viele Arbeiter beschäftigt. Sonnabend früh in der achten Stunde forderte der Lokomotivführer Forel mehrere solcher Arbeiter auf, das Gleis frei zu machen. Diese Aufforderung erbotte einen Montagneur darauf, daß er auf die Maschine sprang und dem Forel mit einem wuchtigen Dolch einen Stich in die rechte Brustseite versetzte. Der Geschworne brach sofort zusammen. Er wurde ins Knospfahlsklarett gebracht, wo er hoffnungslos niederkam. Der Täter, der von den übrigen Arbeitern beinahe gepackt worden wäre, wurde der Polizei übergeben.

Königsbrunn, 6. September. Dynamitattentat. Von dem Wache des Hauses Deuthenerstraße Nr. 71 wurden zwei brennende Dynamitpatronen auf Hüser der Gartenstraße geschleudert. Die Patronen explodierten und zerstückelten 40 Fensterscheiben. Als Täter kommen italienische Arbeiter in Betracht.

Reuthen, 6. September. Die Strafkammer verurteilte den Schlossmeister August Sauer aus Rattowitz wegen Urkundenfälschung in 15 Fällen zu zwei Jahren Gefängnis, wovon 9 Monate auf die Unteruchungshaft angerechnet wurden. Sauer hatte Wechsel mit den Unterchristen der Baumunternehmer Rißy und Stellmach gefälscht und von anderer Seite auf diese Namen gefälschte Wechsel in Umlauf gebracht. Auf seinen Antrag wurde er aus der Haft entlassen.

Rattowitz, 6. September. In den Schacht gestürzt. Auf schreckliche Weise ist am Donnerstag Nachmittag auf der Gräfin-Lantourne der Dreiwährer Franz Thomae aus Königsbrunn ums Leben gekommen. Th. wollte in der 250-Meterhöhe 1 einen Wagen auf die Schale schieben, fiel aber in den 80 Meter tiefen, bis zur 230-Meterhöhe führenden Schacht hinein und blieb vollständig zerschmettert im Sumpfe liegen.

Rissa i. P., 6. September. Die Rache des Nebenbuhlers. In der Nacht zu Freitag wurde der Wirtsohn Dubla auf dem Wege von Punitz nach Klein-Penta erschlagen. Dubla wollte am nächsten Tage seine Hochzeit feiern und hatte sich mit seiner Braut nach Punitz begeben, um Einkäufe zu machen. Als mutmaßlicher Mörder wurde der Wirtsohn Lesneaveit aus Klein-Penta, der sein Nebenbuhler gewesen sein soll, verhaftet.

Bewegungen in Belgien, Finnland, Holland und der Schweiz herauszubilden begann, war die internationale Verbindung zwischen den Genossinnen der einzelnen Nationen gleich Null. Als die deutschen Genossinnen dem Wunsche ausländischer Sozialistinnen folgend, die Initiative zur Einberufung der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen ergriffen, fanden sie dem Unbekannten gegenüber. Sie mußten damit rechnen, daß unter Umständen die geringe Beteiligung an der einberufenen Tagung und der Verlauf ihrer Beratungen der Konferenz einen lediglich vorbereitenden Charakter verleihen könnte. Tatsächlich herrschte fast bis zur Eröffnung der Tagung Unsicherheit darüber, ob ihr Stattfinden durch ihre Bedeutung begründet sein würde. Die meisten ausländischen Delegierten meldeten sich erst kurz vor dem Zusammenritt der Konferenz an. Die erhaltenen Berichte liefen auch spärlich und überdies noch sehr spät ein, so daß nicht einmal alle überseht, zusammengestellt und gedruckt werden konnten. So fehlte ein fester Überblick über den Umfang der Beteiligung an der Konferenz, wie über den Charakter und Stand der Organisationen, die auf ihr vertreten sein würden. Sicht man das alles in Betracht, so muß man die Arbeit und den Erfolg der Tagung um so höher bewerten, 15 verschiedene Nationalitäten nahmen durch insgesamt 59 Delegierte an ihr teil, die deutschen Genossinnen waren durch 14 Delegierte vertreten; außerdem waren als Gäste Vertreterinnen des jüdischen Frauenbundes in Rußland, der Petersburger Sozialdemokratie, der organisierten Arbeiterinnen von Lodz und eine Indierin aus Bombay anwesend.

Die Erste Internationale Frauenkonferenz hat, so hoffen wir, nicht nur einen äußeren und vorübergehenden Erfolg gehabt. Sie hat die sozialistische Frauenbewegung aller Länder in einer wichtigen Frage, der der Erlangung des Frauenstimmrechts auf den Boden einer schärf abgegrenzten grundsätzlichen Auffassung gestellt und ihrer einschlägigen Aktion feste Richtlinien gegeben. In diesem Sinne zu wirken war aber wichtig, so notwendig, weil die Wahlrechtskämpfe in allen Ländern immer mehr in den Mittelpunkt des politischen Lebens rücken, und weil damit die Frage des Frauenwahlrechts zunehmende praktische Bedeutung für die sozialistischen Parteien aller Länder gewinnt. Von großer Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung überall ist auch der erste Schritt, den die Konferenz zu ihrer festeren internationalen Verbindung getan hat. Mit der regelmäßigen gegenseitigen Information wachst auch die Möglichkeit, in kritischen Fragen von Anfang an eine allgemeine Verständigung und damit eine Einheitslichkeit der Auffassung und Aktion, wie auch wechselseitige Unterstützung herbeizuführen zu können. Die Konferenz beschloß, eine Zentralkommission für den internationalen Austausch von Informationen einzusetzen. Ihr sollen die organisierten Genossinnen aller Länder Nachrichten, Berichte usw. einbringen über den Stand der sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern, sowie über Ereignisse, welche von Wichtigkeit für sie, wie für die Interessen der Arbeiterinnen sind. Die Zentralkommission soll diese Informationen veröffentlicht und den angeschlossenen korrespondierenden Organisationen übermitteln. Die sozialistischen Frauenorganisationen, welche sich in dieser Weise mit dem internationalen Sekretariat der Genossinnen in Verbindung setzen wollten, können für die einschlägigen Arbeiten eine internationale Korrespondentin zu ernennen. Als Sitz der internationalen Zentrale wurde von der Konferenz zunächst Deutschland bestimmt und zwar hier die Redaktion der „Gleichheit“, die bereits die meiste internationale Zühlung hatte, davon abzusehen, daß die „Gleichheit“ als die geeignetste Stelle für die Veröffentlichung der internationalen Korrespondenzen erschien, weil sie das sozialistische Frauenblatt ist, das in den meisten Ländern von Genossinnen gelesen wird.

Es ist bis jetzt gelungen, eine mehr oder minder regelmäßige Verbindung mit sozialistischen Frauenorganisationen in folgenden Ländern herzustellen: Oesterreich, Böhmen, Schweiz, Holland, Belgien, England, Finnland, Dänemark, Vereinigte Staaten von Nordamerika (Organisationen deutsch und englisch sprechender Genossinnen). In der „Gleichheit“ lassen sich die aus den verschiedenen Ländern einlaufenden Korrespondenzen verfolgen. Die nächste internationale sozialistische Frauenkonferenz soll wieder im Anschluß an den allgemeinen internationalen Sozialistischen Kongreß stattfinden. Die deutschen Genossinnen verfolgen die Fortschritte der sozialistischen Frauenbewegung aller Länder mit gespannter Aufmerksamkeit und größter Freude. In ganz besonderem Maße gilt das für die österreichische Schwesterbewegung, an deren Entwicklung sie den innigsten Anteil nehmen. Der ergangenen Einladung entsprechend, sich auf der letzten österreichischen Frauenkonferenz durch eine Delegierte vertreten zu lassen, leisteten sie daher freudig Folge. Sie beauftragten Genossin Jettin mit ihrer Vertretung bei der Tagung, die in Wien zu Ostern stattfand und unstreitig dazu beigetragen hat, das Band der Schwesterlichkeit zwischen den österreichischen und deutschen Genossinnen noch fester zu knüpfen. Die Berichte in der „Gleichheit“ haben ein Bild von dem Verlauf der Konferenz und der gesunden Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung in Oesterreich gegeben.

Die Wirkung der Internationalen Frauenkonferenz zeigt sich sofort auf dem sehr wichtigen internationalen Sozialistischen Kongreß, der am 18. August 1907 in Stuttgart eröffnet wurde. Auf seiner Tagesordnung stand ebenfalls die Frauenstimmrechtsfrage, und es erwies sich nun, daß ihm zu diesem Punkte die Frauenkonferenz ganz erheblich vorgearbeitet hatte. Er trat ihrer grundsätzlichen und tatsächlichen Stellungnahme durchaus bei, deren Schwergewicht in der entscheidenden Verurteilung des beschränkten Frauenwahlrechts liegt, wie in der Verpflichtung der sozialistischen Parteien aller Länder, bei Wahlrechtskämpfen im Parlament wie außerhalb desselben, mit allem Nachdruck auch für das aktive und passive Frauenwahlrecht einzutreten. Der betreffende Beschluß lautet: „Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen. Daher sind insbesondere auch ihre Kämpfe für Demokratisierung des Wahlrechts zu den gesetzgebenden Körperschaften in Staat und Gemeinde zugunsten des Proletariats als Kämpfe für das Frauenwahlrecht zu führen, das energisch zu fordern und in der Agitation wie im Parlament mit Nachdruck zu vertreten ist.“ Ebenso verzeichnen wir mit Befriedigung, daß die Stellungnahme der beiden internationalen Tagungen vom besten Einfluß auf die Weibung und Kräftigung der sozialistischen Frauenstimmrechtsbewegung in manchen Ländern gewesen ist und ihr insbesondere eine energichere Unterstützung seitens der Genossen gesichert hat. So in der Schweiz, in Holland, den Vereinigten Staaten, Dänemark usw. Zu beklagen ist, daß der Beschluß der sozialistischen Internationalen ungedacht ein Teil der englischen Genossinnen nach wie vor für ein beschränktes Frauenwahlrecht eintritt. Bemerkenswert sei, daß die deutschen Genossinnen zum internationalen Sozialistischen Kongreß durch 12 Delegierte vertreten waren, wobei aber nicht die deutsche Delegation 2 Genossinnen, die aus Sachsen delegiert waren, die Mandate, weil sie die Form der Wahl nicht billigten. Jedoch ist erfreulicherweise später eine Einigung mit den Genossen zustande gekommen, die den Genossinnen der verschiedenen großen Agitationsgebiete in Zukunft auch ein Mandat für den internationalen Kongreß sichert.